

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

zu dem

Gesetzentwurf der Landesregierung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 - HG 2017/2018) – Gesetzentwurf der Landesregierung**

- Drucksache 6/4810 -

- 2. Lesung -

### **Einzelplan 03 - Ministerium des Innern und für Kommunales**

**Berichtersteller:**

Abgeordneter Sven Petke (CDU)

**Beschlussempfehlung:**

Der Landtag möge den Entwurf des Einzelplanes 03 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in 2. Lesung annehmen.

Datum des Eingangs: 12.12.2016 / Ausgegeben: 12.12.2016

**Bericht:****A. Allgemeines**

Der Landtag hatte den Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 - HG 2017/2018) – (Drucksache 6/4810) in seiner 33. Sitzung am 28. September 2016 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und zur Mitberatung an alle Fachausschüsse überwiesen.

**B. Beratung des Fachausschusses**

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales befasste sich in seiner 22. Sitzung am 15. September 2016, in seiner 23. Sitzung am 3. November 2016 und abschließend in seiner 24. Sitzung am 17. November 2016 mit dem Entwurf des Einzelplanes 03 und empfahl dessen Annahme in der von ihm beschlossenen Fassung.

**C. Abschließende Beratung im Ausschuss für Haushalt und Finanzen**

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen behandelte den Entwurf des Einzelplanes 03 in seiner 27. Sitzung am 23. November 2015. An den Beratungen nahmen u. a. der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Inneres und Kommunales, der Minister des Innern und für Kommunales, der Minister der Finanzen und der Präsident des Landesrechnungshofes teil.

Zur Beratung bzw. Entscheidung lagen dem Ausschuss folgende Unterlagen vor:

- die Stellungnahme des Ausschusses für Inneres und Kommunales,
- 15 Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE,
- vier Änderungsanträge der CDU-Fraktion,
- drei Änderungsanträge der AfD-Fraktion,
- drei Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
- ein Schreiben des Vorsitzenden der PKK vom 11.10.2016, betr. den Wirtschaftsplan für die beim Ministerium des Innern und für Kommunales angesiedelte Verfassungsschutzbehörde.

Die folgenden Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE wurden jeweils einstimmig angenommen:

Haushaltsjahre 2017/2018			
Kapitel	Titel	Zweckbestimmung bzw. Stichwort	Veränderung
03 010	422 10	Stellenzahl im MIK <sup>1</sup> für Katastrophenschutz	personelle Aufstockung

<sup>1</sup> Ministerium des Innern und für Kommunales

03 010	422 10	Stellenplan MIK	Streichung von zehn kw <sup>1</sup> -Vermerken, Erläuterungen
03 010	428 10	Einstellungsmöglichkeiten im MIK – Altanschließerproblematik	Erhöhung, Erläuterungen
03 010	422 79	Planstellen mit kw-Vermerk	Streichung von zehn kw-Vermerken, Erläuterungen
03 110	422 10	Personal bei der Polizei	Erhöhung, Erläuterungen
03 110	511 10	Sachkosten – Erhöhung Stellenzahl bei der Polizei	Erhöhung, Erläuterungen
03 130	422 20	Einstellung Polizeianwärter/innen	Erhöhung, Erläuterungen
03 130	511 10	Sachkosten für Erhöhung Anwärter	Erhöhung, Erläuterungen
03 130	546 25 (neu) NEUDRUCK	Planungs- und Vorbereitungskosten Unterkunft für Studierende an der FH der Polizei	Ausbringen von Erläuterungen
03 750	422 10	Feuerwehruzulage für Ausbilder (LSTE <sup>2</sup> )	Erhöhung, Erläuterungen
03 750	422 10	Stellenzahl an der LSTE	Erhöhung
03 010	359 78 919 78	Korrekturen	Funktionskennzahl

Die folgenden Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE wurden mehrheitlich angenommen:

Haushaltsjahre 2017/2018			
Kapitel	Titel	Zweckbestimmung bzw. Stichwort	Veränderung
03 810	119 10	Einnahmen vom Land Berlin für die Unterbringung von Asylbewerbern in Wünsdorf	Erhöhung, Erläuterungen
03 810	526 20	Leistungen nach AsylbewLG	Erhöhung, Erläuterungen

<sup>1</sup> künftig wegfallend

<sup>2</sup> Landesschule für Brand- und Katastrophenschutz Borkheide

Ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE (Kapitel 03 130, Titel 891 61 [neu]) war zurückgezogen worden.

Die folgenden Änderungsanträge der CDU-Fraktion wurden mehrheitlich abgelehnt:

Haushaltsjahre 2017/2018			
Kapitel	Titel	Zweckbestimmung bzw. Stichwort	Veränderung
03 010	422 10	Verfassungsschutz	Erhöhung, Änderung Erläuterungen
03 110	422 10	Personal bei der Polizei	Erhöhung, Erläuterun- gen
03 130	422 10	FH Polizei – Lehrpersonal	Erhöhung, Erläuterun- gen
03 130	422 20	FH Polizei – Einstellung Polizeianwär- ter/-innen	Erhöhung, Erläuterun- gen

Die folgenden Änderungsanträge der AfD-Fraktion wurden mehrheitlich abgelehnt:

Haushaltsjahre 2017/2018			
Kapitel	Titel	Zweckbestimmung bzw. Stichwort	Veränderung
03 020	536 10	Verfassungsschutz	Erhöhung
03 130	422 20	Einstellung Polizeianwärter/-innen	Erhöhung, Erläuterun- gen
03 130	Ausgaben	FH der Polizei	Erhöhung

Die folgenden Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden mehrheitlich abgelehnt:

Haushaltsjahre 2017/2018			
Kapitel	Titel	Zweckbestimmung bzw. Stichwort	Veränderung
03 010	422 10	Einrichtung eines/einer Polizeibeauftrag- ten	Erhöhung, Änderung Erläuterungen
03 010	428 10	Einrichtung eines/einer Polizeibeauftrag- ten	Erhöhung, Änderung Erläuterungen



03 130	422 20	Einstellung Polizeianwärter/-innen	Erhöhung, Erläuterungen
--------	--------	------------------------------------	-------------------------

Mit den Beschlüssen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen erfährt der Stellenplan des MIK – sowohl durch Neueinrichtung als auch durch Streichung von kw-Vermerken – einen erheblichen Aufwuchs für die Bereiche Polizei, Katastrophenschutz und die Bearbeitung von Altanschließer-Angelegenheiten. Die sächlichen Ansätze für Verwaltungskosten werden ebenfalls gestärkt.

Einem Gesamtstellenaufwuchs in dem von der Opposition beantragten Umfang stimmte der Ausschuss jedoch nicht zu. Der Ausschuss votierte gegen die Aufstockung des Lehrpersonals an der Fachhochschule der Polizei um 15 Stellen (plus jeweils eine Million Euro für beide Haushaltsjahre) und weitere Ausgabensteigerungen im Kapitel 03 130 (Fachhochschule der Polizei) – 3.124.600 Euro (2017) und 3.070.300 (2018) – genauso wie gegen die Hebung der Zahl von Polizeianwärtern (plus jeweils drei Millionen Euro [AfD-Fraktion], plus jeweils eine Million Euro [CDU-Fraktion] sowie plus 660.000 Euro 2017 und plus 528.000 Euro 2018 [Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]). Gleichwohl beschloss der Ausschuss für Haushalt und Finanzen, den Einstellungskorridor für Polizeianwärter zu erweitern (25 jährlich) – Kosten: plus 140.700 Euro (2017) und plus 328.100 Euro (2018) und die entsprechenden Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben um jeweils 55.000 Euro zu erhöhen.

Planungs- und Vorbereitungskosten für die Einrichtung einer Studierendenunterkunft an der Fachhochschule der Polizei in Oranienburg werden vorgesehen und sollen mithilfe der Deckungsfähigkeit finanziert werden.

Ebenfalls einstimmige Zustimmung fand die Zahlung einer Feuerwehrezulage für Ausbilder beim feuerwehrtechnischen Dienst (jeweils 75.000 Euro). Die Ausbringung zweier zusätzlicher Planstellen an der LSTE betont deren wachsende Bedeutung.

Mehreinnahmen 2017 – i. H. v. bis zu 10.102.300 Euro – und 2018 – i. H. v. bis zu 16.258.300 Euro – wird das Land Berlin für die Unterbringung von bis zu 1.000 Asylbewerber/-innen in Wünsdorf erstatten (34 EUR/Tag/Person zzgl. variabler Aufwendungen gemäß Asylbewerberleistungsgesetz).

Dem Ergebnis einer Überprüfung entsprechend beschloss der Ausschuss für Haushalt und Finanzen mehrheitlich, die Ansätze für beide Haushaltsjahre (2017: saldiert um 13,5 Millionen Euro, 2018: saldiert um 2,76 Millionen Euro) mit Blick auf Leistungen nach dem AsylbewLG zu erhöhen, da die vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den Dienstleistern zur Zahlung einer belegungsunabhängigen Grundlast, von belegungsunabhängigen Ausgaben und Ausgaben bzgl. der Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände deutlich über der bisherigen Planung liegen werden.

Die Änderungsanträge mit dem Ziel der Stärkung des Verfassungsschutzes (30 neue Stellen und Mittelaufwuchs) und der Einrichtung einer/eines Polizeibeauftragten wurden abgelehnt und werden somit nicht empfohlen.

Das Schreiben des Vorsitzenden der Parlamentarischen Kontrollkommission vom 11. Oktober 016, betr. den Wirtschaftsplan für die beim Ministerium des Innern und für Kommunales angesiedelte Verfassungsschutzbehörde, nahm der Ausschuss für Haushalt und Finanzen zur Kenntnis.

In der Schlussabstimmung beschloss der Ausschuss für Haushalt und Finanzen mehrheitlich bei vier Gegenstimmen und ohne Stimmenthaltung, dem Landtag den Entwurf des Einzelplanes 03 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zur Annahme in 2. Lesung zu empfehlen.

Die Einzelheiten des Beratungsergebnisses (Veränderungsnachweis) sind aus der beigefügten **Anlage 1** zu ersehen.

Sven Petke  
Berichtersteller und  
Vorsitzender des Ausschusses  
für Haushalt und Finanzen

### **Anlagen**

- Anlage 1: Veränderungsnachweis
- Anlage 2: Angenommene Änderungsanträge
- Anlage 3: Abgelehnte Änderungsanträge
- Anlage 4: Stellungnahme des Ausschusses für Inneres und Kommunales  
(ohne Anlagen)

# Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

zur 2. Lesung

des Gesetzentwurfes der Landesregierung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes  
des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2017 und 2018  
(Haushaltsgesetz 2017/2018 — HG 2017/2018)  
(Drucksache 6/4810)**

## Gesamtübersicht

### Einzelplan 03

#### Ministerium des Innern und für Kommunales

Beträge in Euro

	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2017
Gesamteinnahmen	67.714.800	+10.102.300	77.817.100
Gesamtausgaben	791.933.600	+25.188.000	817.121.600
Verpflichtungs- ermächtigungen	235.000	--	235.000
Stellen	9.456	+23	9.479

Beträge in Euro

	Entwurf 2018	Beschlüsse des AIK +/-	Neuer Ansatz 2018
Gesamteinnahmen	61.868.200	+16.258.300	78.126.500
Gesamtausgaben	793.118.800	+22.373.000	815.491.800
Verpflichtungs- ermächtigungen	235.000	--	235.000
Stellen	9.469	+53	9.522

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2018
-------------------------------	-----------------	-----------------	---	----------------------	-----------------	---	----------------------

**03 010**     **Ministerium des Innern und für Kommunales**

(S. 16)     HGr. 4: Personalausgaben

<b>422 10</b> (S. 16)	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	19.107.400	—	19.107.400	19.528.400	--	19.528.400
--------------------------	---	------------	---	------------	------------	----	------------

**Erläuterungen: (...)**

**Stellenplan (Änderung):**

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2016	2017	2018
Staatssekretärin, Staatssekretär	B 9	hD	1,00	1,00	1,00
Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent	<sup>1)</sup> B 6	hD	1,00	1,00	1,00
davon ku:     1,00 nach B 5 hD		hD			
Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent	B 5	hD	4,00	4,00	4,00

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2018
	Inspektorin der Polizei, Inspekteur der Polizei	B 3	hD	1,00	1,00	1,00	
	Ministerialrätin, Ministerialrat	B 2	hD	24,00	24,00	24,00	
	Ministerialrätin, Ministerialrat	A 16	hD	23,00	23,00	23,00	
	Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	<sup>3)</sup> A 15	hD	73,00	73,00	68,00	
	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	A 14	hD	1,00	<u>4,00</u>	<u>3,00</u>	
	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	A 13	gD	117,00	117,00	117,00	
	Amtsärztin, Amtsarzt	A 12	gD	62,00	62,00	<u>55,00</u>	
	Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann	A 11	gD	14,00	<u>17,00</u>	<u>17,00</u>	
	Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor	A 10	gD	2,00	2,00	2,00	
	Regierungsamtsinspektorin, Regierungsamtsinspektor	<sup>2)</sup> A 9	mD	47,00	<u>52,00</u>	<u>40,00</u>	
	Regierungssekretärin, Regierungssekretär	A 8	mD	1,00	1,00	0,00	
	<b>Zusammen:</b>			<b>371,00</b>	<b><u>382,00</u></b>	<b><u>356,00</u></b>	

(...)

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2018
-------------------------------	-----------------	-----------------	---	----------------------	-----------------	---	----------------------

<b>428 10</b> (S. 18)	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	9.063.700	+125.000	<u>9.188.700</u>	8.419.400	+125.000	<u>8.544.400</u>
--------------------------	---	-----------	----------	------------------	-----------	----------	------------------

Erläuterungen (Änderung):

	2017 Euro	2018 Euro
1. Vergleichsentgelte einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der	0	0
1.1 außertariflichen Entgelte	0	0
1.2 tariflichen Entgelte	<u>9.188.700</u>	<u>8.544.400</u>
1.3 Entgelte für Auszubildende	0	0
1.4 Entgelte für Praktikantinnen und Praktikanten	0	0
2. Aufwandsentschädigung	0	0
3. Sonstige Leistungen	0	0
4. Entgelte für Referendarinnen und Referendare im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis	0	0
<b>Summe</b>	<u>9.188.700</u>	<u>8.544.400</u>

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2018
-------------------------------	-----------------	-----------------	---	----------------------	-----------------	---	----------------------

(S. 24) TGr. 79 Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk

<b>422 79</b> (S. 25)	Planstellen mit kw-Vermerk	0	-	0	0	--	0
--------------------------	----------------------------	---	---	---	---	----	---

**Stellenplan (Änderung):**

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2016	2017	2018
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	A15	hD	0,00	0,00	5,00
davon kw: 5,00 im Jahr 2020 zum 31.12.2020					
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	A14	hD	10,00	<u>8,00</u>	<u>9,00</u>
davon kw: <u>1,00</u> im Jahr 2019 zum 31.12.2019					
8,00 im Jahr 2020 zum 31.12.2020					
Amtsärztin, Amtsarzt	A12	gD	0,00	0,00	<u>7,00</u>
davon kw: <u>7,00</u> im Jahr 2020 zum 31.12.2020					



Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2018
	Regierungsamtfrau, Regierungsamt- Mann	A11	gD	14,00	<u>12,00</u>	<u>12,00</u>	
	davon kw: <u>2,00</u> im Jahr 2019 zum 31.12.2019						
	10,00 im Jahr 2020 zum 31.12.2020						
	Regierungsamtsinspektorin, Regie- rungsamtsinspektor	A9	mD	14,00	<u>9,00</u>	<u>21,00</u>	
	davon kw: <u>5,00 im Jahr 2019 zum 31.12.2019</u>						
	21,00 im Jahr 2020 zum 31.12.2020						
	Regierungssekretärin, Regierungssekretär	A8	mD	0,00	0,00	1,00	
	davon kw: 1,00 im Jahr 2020 zum 31.12.2020						
	<b>Zusammen:</b>			<b>38,00</b>	<b><u>29,00</u></b>	<b><u>55,00</u></b>	
	(...)						

03 110 Polizeipräsidium

(S. 76) HGr. 4: Personalausgaben



Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2018
-------------------------------	-----------------	-----------------	---	----------------------	-----------------	---	----------------------

<b>422 10</b> (S. 76)	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	271.848.100	+1.146.000	<u>272.994.100</u>	267.464.600	+2.705.500	<u>270.170.100</u>
--------------------------	---	-------------	------------	--------------------	-------------	------------	--------------------

**Erläuterungen (Änderung):**

	2017 Euro	2018 Euro
1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	<u>272.994.100</u>	<u>270.170.100</u>
2. Aufwandsentschädigung	0	0
3. Sonstige Leistungen	0	0
<b>Summe</b>	<b><u>272.994.100</u></b>	<b><u>270.170.100</u></b>

Mehr in Auswirkung des Besoldungserhöhungsgesetzes sowie aufgrund der Ausbringung neuer Planstellen.

**Stellenplan (Änderung)**

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2016	2017	2018
-----------------	--------	------	------	------	------

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2018
	(...)						
	Erste Polizeihauptkommissarin, Erster Polizeihauptkommissar/ Erste Kriminalhauptkommissarin, Erster Kriminalhauptkommissar/ Regierungsoberratsrätin, Regierungsoberamtsrat	A 13	gD	282,00	<u>296,00</u>	<u>302,00</u>	
	Polizeihauptkommissarin, Polizeihauptkommissar/ Kriminalhauptkommissarin, Kriminalhauptkommissar/ Regierungsratsrätin, Regierungsratsrat	A 12	gD	507,00	<u>486,00</u>	<u>498,00</u>	
	Polizeihauptkommissarin, <u>Polizeihauptkommissar/</u> Kriminalhauptkommissarin, Kriminalhauptkommissar/ Regierungsratsfrau, Regierungsratsmann	A 11	gD	889,00	871,00	<u>928,00</u>	
	(...)						
	<b>Zusammen</b>			<b>6.600,00</b>	<b><u>6.740,00</u></b>	<b><u>6.783,00</u></b>	
	(...)						

(S. 83) HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben,  
Ausgaben für den Schuldendienst

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2018
-------------------------------	-----------------	-----------------	---	----------------------	-----------------	---	----------------------

<b>511 10</b> (S. 83)	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.497.500	+44.000	<u>1.541.500</u>	1.492.500	+66.000	<u>1.558.500</u>
--------------------------	---	-----------	---------	------------------	-----------	---------	------------------

Erläuterungen (Änderung):

	2017 Euro	2018 Euro
1. Geschäftsbedarf	827.500	822.500
2. Bücher, Zeitschriften	70.000	70.000
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	<u>594.000</u>	<u>616.000</u>
4. Sonstiges	50.000	50.000
<b>Summe</b>	<b><u>1.541.500</u></b>	<b><u>1.558.500</u></b>

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2018
-------------------------------	-----------------	-----------------	---	----------------------	-----------------	---	----------------------

**03 130 Fachhochschule der Polizei**

(S. 99) HGr. 4: Personalausgaben

<b>422 20</b> (S. 101)	Unterhaltszuschüsse der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikantinnen, Verwaltungspraktikanten und Auszubildende)	12.868.900	+140.700	<u>13.009.600</u>	13.278.000	+328.100	<u>13.606.100</u>
---------------------------	---	------------	----------	-------------------	------------	----------	-------------------

**Erläuterungen (Änderung):**

	2017 EUR	2018 EUR
1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	<u>13.009.600</u>	<u>13.606.100</u>
2. Aufwandsentschädigung	0	0
3. Sonstige Leistungen	0	0
<b>Summe</b>	<b><u>13.009.600</u></b>	<b><u>13.606.100</u></b>

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2018
	Mehr in Anpassung an die beabsichtigten Einstellungen.						
	Anzahl der beabsichtigten Einstellungen						
	<b>BesGr.</b>	<b>Amtsbezeichnung</b>			<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>
A 7	Polizeimeisteranwärterinnen/Polizeimeisteranwärter				125	125	125
A 9	Polizeikommissaranwärterinnen/Polizeikommissaranwärter				185	<u>225</u>	<u>235</u>
	<b>Summe</b>				<b>310</b>	<b>350</b>	<b>360</b>
	<b>Stellenübersicht:</b>						
	<b>Amtsbezeichnung</b>	<b>BesGr.</b>	<b>Lfb.</b>		<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Polizeikommissaranwärterin, Polizeikommissaranwärter	<sup>1)</sup> A9	gD		490,00	<u>630,00</u>	<u>680,00</u>
	Polizeimeisteranwärterin, Polizeimeisteranwärter	A7	mD		420,00	370,00	340,00
	<b>Zusammen:</b>				<b>910,00</b>	<b><u>1.000,00</u></b>	<b><u>1.020,00</u></b>
	(...)						

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2018
-------------------------------	-----------------	-----------------	---	----------------------	-----------------	---	----------------------

1) darin enthalten sind die für die Einstellung von je 10 Spitzensportlerinnen/Spitzensportlern in den Jahren 2012, 2014, 2016 und 2018 erforderlichen Stellen

(S. 104) HGr. 5: Sächliche Verwaltungsaufgaben,  
Ausgaben für den Schuldendienst

<b>511 10</b>	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie	135.000	+55.000	<u>190.000</u>	135.000	+55.000	<u>190.000</u>
(S. 104)	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände						

**Erläuterungen (Änderung):**

	2017 Euro	2018 Euro
1. Geschäftsbedarf	75.000	75.000
2. Bücher, Zeitschriften	1.500	1.500
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	<u>108.500</u>	<u>108.500</u>
4. Sonstiges	5.000	5.000



Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2018
	Summe			<u>190.000</u>			<u>190.000</u>

(...)

<b>546 25</b>	<u>Zuführungen an den BLB</u>	--	--	0	--	--	0
<b>neu</b>							
(S. 109)							

**Erläuterungen (neu):**

Es sollen Planungs- und Vorbereitungskosten für eine Unterkunft für Studierende an der FH Polizei in Oranienburg im Rahmen der Deckungsfähigkeit bereitgestellt werden.

**03 750**      **Landesschule für Technische Einrichtung  
für Brand- und Katastrophenschutz**

(S. 154)      HGr. 4: Personalausgaben

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2018
-------------------------------	-----------------	-----------------	---	----------------------	-----------------	---	----------------------

<b>422 10</b> (S. 154)	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	899.600	+75.000	<u>974.600</u>	899.600	+75.000	<u>974.600</u>
---------------------------	---	---------	---------	----------------	---------	---------	----------------

Erläuterungen (Änderung):

		2017 EUR	2018 EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	<u>974.600</u>	<u>974.600</u>
2.	Aufwandsentschädigung	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0
	<b>Summe</b>	<b><u>974.600</u></b>	<b><u>974.600</u></b>

Stellenplan (Änderung):

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2016	2017	2018
-----------------	--------	------	------	------	------



Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2018
	(...)						
	Brandamtsrätin, Brandamtsrat, Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat	A 12	gD	0,00	<u>7,00</u>	<u>7,00</u>	
	(...)						
	<b>Zusammen:</b>			<b>41,00</b>	<b><u>45,00</u></b>	<b><u>45,00</u></b>	
	(...)						

**03 810      Zentrale Ausländerbehörde**

(S. 169)      HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen  
aus Schuldendienst und dgl.

<b>119 10</b>	Sonstige Verwaltungseinnahmen	4.069.200	+10.102.300	<u>14.171.500</u>	30.000	+16.258.300	<u>16.288.300</u>
---------------	-------------------------------	-----------	-------------	-------------------	--------	-------------	-------------------

(S. 169)

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2018
-------------------------------	-----------------	-----------------	---	----------------------	-----------------	---	----------------------

Erläuterungen (Änderung):					2017 EUR	2018 EUR
1.	Erstattung verauslagter Abschiebekosten gemäß § 67 Zuwanderungsgesetz.				30.000	30.000
2.	Einnahmen aus der Vereinbarung mit dem Land Berlin über die vorübergehende Aufnahme von Asylbegehrenden				<u>14.141.500</u>	<u>16.258.300</u>
	<b>Summe</b>				<u>14.171.500</u>	<u>16.288.300</u>

(S. 172) HGr. 5: Sächliche Verwaltungsaufgaben,  
Ausgaben für den Schuldendienst

<b>526 20</b> (S. 174)	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbewLG)	36.783.700	+23.602.300	<u>60.386.000</u>	38.220.600	+19.018.400	<u>57.239.000</u>
---------------------------	---	------------	-------------	-------------------	------------	-------------	-------------------

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2018
-------------------------------	-----------------	-----------------	---	----------------------	-----------------	---	----------------------

Erläuterungen (Änderung):

	2017 EUR	2018 EUR
1. Grundleistungen (§ 3 AsylbewLG) <u>EAE + AHE</u>	<u>38.765.465</u>	<u>34.069.776</u>
2. Grundleistungen (§ 3 AsylbewLG) <u>Wünsdorf</u>	<u>12.588.057</u>	<u>12.789.414</u>
3. Leistungen bei Krankheit (§ 4 AsylbewLG)	<u>8.401.887</u>	<u>9.749.219</u>
4. Arbeitsgelegenheiten (§ 5 AsylbewLG)	<u>485.927</u>	<u>485.927</u>
5. Sonstige Leistungen (§ 6 AsylbewLG)	<u>144.664</u>	<u>144.664</u>
<b>Summe</b>	<b><u>60.386.000</u></b>	<b><u>57.239.000</u></b>

(...)

Mehr wegen erforderlicher Zahlungen an die Dienstleister.

## **Angenommene Änderungsanträge**

zum

Einzelplan 03

zur 2. Lesung

# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

Änderungsantrag der

SPD - Fraktion und der  
Fraktion Die Linke

Eingegangen A3 17. NOV. 2018/403 Erled. Ong.
---

<b>Einzelplan (Text): 03 Ministerium des Innern und für Kommunales</b>			
<b>Seite:</b> 16	<b>Kapitel:</b>	03 010	<b>Titel:</b> 422 10
<b>Zweckbestimmung:</b> Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter			

<b>Stichwort:</b> Erhöhung der Stellenzahl des MIK für den Katastrophenschutz
--

<b>Ansatz im Entwurf</b>	<b>2017 EUR</b>	<b>Ansatz im Entwurf:</b>	<b>2018 EUR</b>
	<b>19.107.400 €</b>		<b>19.528.400 €</b>
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat A14 hD	1,00	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat A14 hD	0,00
<b>Änderung (+/-): EUR</b>		<b>Änderung (+/-): EUR</b>	
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat A14 hD	+1,00	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat A14 hD	+ 1,00
<b>Ansatz neu: EUR</b>	<b>19.107.400 €</b>	<b>Ansatz neu: EUR</b>	<b>19.528.400 €</b>
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat A14 hD	2,00	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat A14 hD	1,00

<b>2017 Deckung bei:</b>				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				EUR
<b>insgesamt:</b>		<b>EUR</b>		

<b>2018 Deckung bei:</b>				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				EUR
<b>insgesamt:</b>		<b>EUR</b>		

<b>Haushaltsvermerk:</b> (Änderungen bitte unterstreichen)
<b>Erläuterungen:</b> (Änderungen bitte unterstreichen)
<b>Begründung:</b> Unsere moderne, hoch entwickelte technologisierte Gesellschaft ist mehr denn je auf eine



zuverlässig funktionierende Infrastruktur angewiesen.

Im Bereich des Katastrophenschutzes, Zivile Verteidigung und Koordinierungszentrum Krisenmanagement im MIK (Referat 42) ergibt sich in Folge der aktuellen Gefährdungslage im Bereich der Terrorismusbekämpfung, der Auswirkungen des Klimawandels, der Neukonzeption des Bereichs Zivile Verteidigung und der Zunahme der technischen Abhängigkeiten ein personeller Mehrbedarf von einer zusätzlichen Stelle:

#### **Gefahren- und Risikoanalyse des Landes**

Gem. § 5 Nr. 1 BbgBKG ist das Land als oberste Katastrophenschutzbehörde verpflichtet, auf der Grundlage einer Gefahren- und Risikoanalyse Schutzziele für Ereignisse festzulegen, von denen Gefahren für mehrere Landkreise oder kreisfreie Städte ausgehen und die zentrale Abwehrmaßnahmen erfordern. Die Gefahren- und Risikoanalyse ist die Grundlage für die Einsatzplanung des Landes und damit wesentlicher Bestandteil der Vorbereitung auf Schadenslagen. In Folge der aktuellen abstrakten Gefährdung im Lagefeld Terrorismus, der zunehmenden Abhängigkeit von Strom, Telekommunikation, Wasser oder Gas sowie neu auftretender Klimaereignisse, wie lokaler Starkregen oder Dürre, sind die Gefahren- und Risikoanalysen des Landes fortzuschreiben und teilweise neu aufzustellen. Durch die zunehmende Anzahl möglichen Gefährdungen und die hohe Dynamik haben sich die Anzahl der relevanten Lagefelder erhöht und die zeitlichen Überprüfungszeiträume verkürzt. Der Aufwand zur Bearbeitung der Gefahren- und Risikoanalyse ist somit wesentlich massiver.

#### **Zivilschutz, Umsetzung der Konzeption Zivile Verteidigung**

Das Bundesministerium des Innern hat im August 2016 sein Konzept für die Zivile Verteidigung vorgestellt. Damit verbunden ist die Überarbeitung von mehr als 20 Gesetzen, Vorschriften und Richtlinien. In Folge der aktuellen Lageentwicklung (hybride Kriegsführung, Cyberangriffe, Kritische Infrastrukturen) ist eine Anpassung der seit 1995 fast unveränderten Grundlagen im Zivilschutz vorgesehen. Die Länder sind in der Auftragsverwaltung für die Umsetzung des Zivilschutzes verantwortlich, der im Wesentlichen auf die Kräfte und Strukturen des Katastrophenschutzes zurückgreift. Zu erwarten ist daher, dass die Umsetzung des Zivilschutzkonzeptes auch erhebliche Auswirkungen auf den Katastrophenschutz der Länder und damit auf die Ausstattung und Anforderungen auch an die örtlichen Feuerwehren und die Hilfsorganisationen (DRK, DLRG, ASB, JUH) haben wird. Die Mitarbeit des Landes in Bund-Länder-Arbeitsgruppen zur Wahrung der Interessen des Landes bei der Überarbeitung der Zivilschutzkonzeption ist deshalb dringend geboten. Gleichzeitig ist es erforderlich, die Ergebnisse der neuen Konzeptionen in die vorhandenen Einsatzunterlagen zu übertragen und an die brandenburgischen Strukturen anzupassen. Aufgrund des erhöhten Mehraufwandes ist eine Erfüllung der zusätzlichen Aufgaben mit dem vorhandenen Personal nicht zu leisten.

#### **Arbeitsgemeinschaft Kritische Infrastrukturen**

Im Rahmen der bundesweiten Gefahren- und Risikoanalysen wurde festgestellt, dass die Abhängigkeit von der technischen Infrastruktur in allen Bereichen wesentlich zugenommen hat. Über Kaskadeneffekte würde der Ausfall von Strom, Telekommunikation/Internet oder Wasser nahezu das gesamte öffentliche Leben zum Erliegen bringen. Aufgrund des hohen Kräftebedarfs wäre in der Regel ein Land mit der Bewältigung einer entsprechenden Lage überlastet. Zudem könnten von entsprechenden Ereignissen mehrere Länder betroffen sein. Ein abgestimmtes Handeln der Länder und des Bundes ist daher dringend geboten. Aufgrund der wachsenden Abhängigkeit und Komplexität hat sich der Bereich der Kritischen Infrastrukturen zu einem eigenständigen Lagefeld im Bereich des Katastrophenschutzes entwickelt. Umfang, Komplexität und Dynamik erfordern eine eigenständige Bearbeitung dieses neuen Bereiches, in dem das Land auch in Bundesstrukturen eingebunden ist. Mit der Vertretung des Landes Brandenburg in der Arbeitsgemeinschaft Kritische Infrastrukturen ergibt sich ein wesentlicher zusätzlicher Aufwand, der mit dem vorhandenen Personalbestand nicht

abgebildet werden kann.

Der dargestellte Mehrbedarf wird in der Bewirtschaftung aus dem Personalbudget (HGr.4) des Einzelplans 03 gedeckt.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	9	2	—
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	M	—	—

Für die Fraktion der SPD

  
Daniel Kurth

Für die Fraktion die Linke

  
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg



# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

## Änderungsantrag der

SPD - Fraktion und der  
Fraktion Die Linke

Eingegangen

13  
17. NOV. 2016 402

Erled. 048

<b>Einzelplan (Text): 03 Ministerium des Innern und für Kommunales</b>		
<b>Seite:</b> 16	<b>Kapitel:</b> 03 010	<b>Titel:</b> 422 10
<b>Zweckbestimmung:</b> Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter		

**Stichwort:** Änderung des Stellenplanes durch Streichung von 10 kw-Vermerken bis 2020 für das MIK

<b>Ansatz im Entwurf</b>	<b>2017</b>	<b>Ansatz im Entwurf:</b>	<b>2018</b>
EUR		EUR	
	19.107.400 €		19.528.400 €
<b>Änderung (+/-): EUR</b>		<b>Änderung (+/-): EUR</b>	
<b>Ansatz neu: EUR</b>		<b>Ansatz neu: EUR</b>	
	19.107.400 €		19.528.400 €

<b>2017 Deckung bei: ohne</b>				
<b>Seite</b>	<b>Kapitel</b>	<b>Titel</b>	<b>Stichwort</b>	<b>in Höhe von</b>
				EUR
<b>insgesamt: EUR</b>				

<b>2018 Deckung bei: ohne</b>				
<b>Seite</b>	<b>Kapitel</b>	<b>Titel</b>	<b>Stichwort</b>	<b>in Höhe von</b>
				EUR
<b>insgesamt: EUR</b>				

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

Stellenplan:

<b>Amtsbezeichnung</b>	<b>BesGr.</b>	<b>Lfb.</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>
Staatssekretärin...	B 9	hD	1	1	1
Ministerialdirigentin...	B 6	hD	1	1	1
Ministerialdirigentin...	B 5	hD	4	4	4
Inspektorin der Polizei...	B 3	hD	1	1	1
Ministerialrätin	B 2	hD	24	24	24
Ministerialrätin	A 16	hD	23	23	23



Regierungsdirektor...	A 15	hD	73	73	68
Oberregierungsrätin...	A 14	hD	1	3	2
Oberamtsrätin...	A 13	gD	117	117	117
Amtsärztin...	A 12	gD	62	62	55
Regierungsamtfrau...	A 11	gD	14	17	17
Regierungsoberinspektori- rin...	A 10	gD	2	2	2
Regierungsamtsinspektori- nin...	A 9	mD	47	52	40
Regierungssekretärin...	A 6	mD	1	1	0
<b>Zusammen</b>			<b>371</b>	<b>381</b>	<b>355</b>

**Begründung der Änderungen im Stellenplan:**  
2017 2018

**Zugänge:**

**Umwandlungen und Umsetzung**

2,00	0,00	A14 hD	Oberregierungsrätin ...	Umsetzung von 422 79	
1,00	0,00	A11 gD	Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann	Umsetzung von 03 130 / 422 10	Umsetzung gem. § 50 Abs. 1
2,00	0,00	A11 gD	Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann	Umsetzung von 422 79	
5,00	0,00	A9 mD	Regierungsamts- inspektorin . . .	Umsetzung von 422 79	
10,00	0,00	Umwandlungen/Umsetzung			
<b>10,00</b>	<b>0,00</b>	<b>Stellen Zugänge insgesamt</b>			

**Abgänge:**

**Umwandlungen und Umsetzung**

0,00	5,00	A15 hD	Regierungsdirektorin ...	Umwandlung nach A15 hD	Umsetzung von 422 10 nach 422 79
0,00	1,00	A14	Oberregierungsrätin ...	Umwandlung nach A14 hD	Umsetzung von 422 10 nach 422 79
0,00	7,00	A12	Amtsärztin, Amtsrat	Umwandlung nach A12 gD	Umsetzung von 422 10 nach 422 79
0,00	12,00	A9 mD	Regierungsamts- inspektorin . . .	Umwandlung nach A9 mD	Umsetzung von 422 10 nach 422 79
0,00	1,00	A6 mD	Regierungssekretärin ...	Umwandlung nach A9 mD	Umsetzung von 422 10 nach 422 79
0,00	26,00	Umwandlungen/Umsetzung			
<b>0,00</b>	<b>26,00</b>	<b>Stellen Abgänge insgesamt</b>			
<b>10,00</b>	<b>-26,00</b>	<b>Stellen Zugänge/Abgänge</b>			

**Begründung:**

Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf 2017/2018 werden im Einzelplan 03 entsprechend der von der Landesregierung beschlossenen Personalbedarfsplanung 2020 die zu erbringenden Abbaupflichten von 65 Planstellen (Kapitel 03 010 Titel 422 79) und einer Stelle (Kapitel 03 010 Titel 428 79) bis zum Jahr 2020 ausgewiesen.

Die bestehenden Stellenabbauverpflichtungen aus der Personalbedarfsplanung 2020 gelten für alle Abteilungen des MIK, also auch den Verfassungsschutz.

Mit Blick auf die Verteilung der ausgewiesenen kw-Verpflichtungen im MIK sollen folgende kw-Stellen im Kapitel 03 010 Titel 422 79 gestrichen werden: 2 x A14; 1 x A12; 2 x A11 und 5 x A9.

Die Streichung der kw-Stellen in Titel 422 79 führt zu einer Änderung der Stellenanzahl in Titel 422 10.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	8	-	1
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	11	-	-

Für die Fraktion der SPD

  
Daniel Kurth

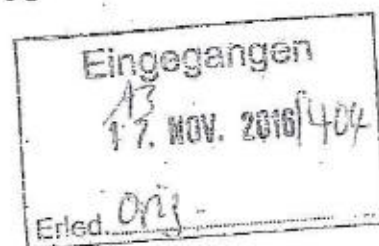
Für die Fraktion die Linke

  
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

## Änderungsantrag der

SPD - Fraktion und der  
Fraktion Die Linke



**Einzelplan (Text): 03 Ministerium des Innern und für Kommunales**

**Seite:** 18 **Kapitel:** 03 010 **Titel:** 428 10

**Zweckbestimmung:**

Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

**Stichwort:** Schaffung von Einstellungsmöglichkeiten im MIK im Zusammenhang mit der Altanschießerproblematik

Ansatz im Entwurf	2017 EUR	Ansatz im Entwurf:	2018 EUR
	9.063.700 €		8.419.400 €
Änderung (+/-): EUR	+ 125.000 €	Änderung (+/-): EUR	+ 125.000 €
Ansatz neu: EUR	9.188.700 €	Ansatz neu: EUR	8.544.400 €

**2017 Deckung bei: EP 20**

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
82	20 650	575 10	Zinsen für Kreditmarktmittel	125.000 EUR
insgesamt:				125.000 EUR

**2018 Deckung bei: EP 20**

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
82	20 650	575 10	Zinsen für Kreditmarktmittel	125.000 EUR
insgesamt:				125.000 EUR

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

		2017 EUR	2018 EUR
1.	Vergleichsentgelte einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der	0	0
1.1	außertariflichen Entgelte	0	0
1.2	tarifliche Entgelte	9.188.700	8.544.400
1.3	Entgelte für Auszubildende	0	
1.4	Entgelte für Praktikantinnen und Praktikanten	0	



2.	Aufwandsentschädigungen	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0
4.	Entgelte für Referendarinnen und Referendare im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis	0	0
	<b>Summe</b>	<b>9.188.700</b>	<b>8.544.400</b>

### Begründung:

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Hilfen für die kommunalen Aufgabenträger der Wasserver- und Abwasserentsorgung (Siedlungswasserversorgung) entstehen im MIK mehrere zusätzliche Fachaufgaben, die mit dem bestehenden Personalbestand nicht abgedeckt werden können.

Auch wenn es sich vorrangig um temporäre Aufgaben handelt, kann derzeit noch nicht abschließend eingeschätzt werden, für welchen definierten Zeitraum zusätzliches Personal benötigt wird. Vor diesem Hintergrund sollen im MIK zusätzliche Tarifbeschäftigte befristet eingestellt werden.

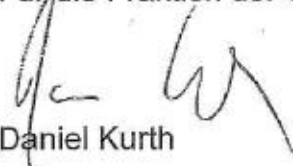
Das zusätzliche Personal wird für die folgenden Aufgaben benötigt:

- für die Schaffung von Richtlinien und verfahrensleitenden Vorschriften,
- für die Steuerung / Abstimmung (mit) der ILB,
- für den erhöhten Anleitungsbedarf bei den unteren Kommunalaufsichtsbehörden,
- die intensivere Beratung der kommunalen Aufgabenträger,
- für die Evaluierung der Maßnahmen
- für erhöhten Koordinierungsbedarf mit MLUL und MdF.

Die Hälfte des in der Tabelle dargestellten Mehrbedarfs wird in der Bewirtschaftung aus dem Personalbudget (HGr.4) des Einzelplans 03 gedeckt.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	11	-	-
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	11	-	-

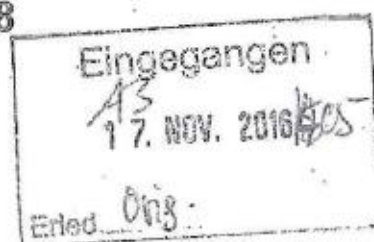
Für die Fraktion der SPD

  
Daniel Kurth

Für die Fraktion die Linke

  
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018



## Änderungsantrag

der SPD-Fraktion und der  
Fraktion DIE LINKE

<b>Einzelplan (Text): 03 Ministerium des Innern und für Kommunales</b>			
<b>Seite:</b> 25	<b>Kapitel:</b> 03 010	<b>Titel:</b> 422 79	
<b>Zweckbestimmung:</b> Planstellen mit kw-Vermerk			

<b>Stichwort:</b> Streichung von 10 kw-Vermerken für das MIK
---

Ansatz im Entwurf 2017 EUR	Ansatz im Entwurf: 2018 EUR
0 €	0 €
Änderung (+/-): EUR	Änderung (+/-): EUR
0 €	0 €
Ansatz neu: EUR	Ansatz neu: EUR
0 €	0 €

<b>2017 Deckung bei:</b> nicht erforderlich				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				EUR
<b>insgesamt:</b>			EUR	

<b>2018 Deckung bei:</b> nicht erforderlich				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				EUR
<b>insgesamt:</b>			EUR	

<b>Haushaltsvermerk:</b> (Änderungen bitte unterstreichen)				
<b>Erläuterungen:</b> (Änderungen bitte unterstreichen)				
<b>Stellenplan:</b>				
Amtsbezeichnung	Bes. Gr.	2016	2017	2018
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	A 14	10,00	<u>8,00</u>	<u>9,00</u>

davon kw: <u>1,00</u> im Jahr 2019 zum 31.12.2019 8,00 im Jahr 2020 zum 31.12.2020				
Amtsärztin, Amtsarzt davon kw: <u>7,00</u> im Jahr 2020 zum 31.12.2020	A 12	0,00	0,00	<u>7,00</u>
Regierungsamtsfrau, Regierungsamtsmann davon kw: <u>2,00</u> im Jahr 2019 zum 31.12.2019 10,00 im Jahr 2020 zum 31.12.2020	A 11	14,00	<u>12,00</u>	<u>12,00</u>
Regierungsamtsinspektorin, Regierungsamtsinspektor davon kw: <del>5,00 im Jahr 2019 zum 31.12.2019</del> 21,00 im Jahr 2020 zum 31.12.2020	A 9	14,00	<u>9,00</u>	<u>21,00</u>
...				
<b>Zusammen</b>		38,00	<u>29,00</u>	<u>55,00</u>

**Begründung der Änderungen im Stellenplan:**

2017 2018

**Umwandlung / Umsetzung**

**Zugänge**

**Umwandlungen und Umsetzungen**

0,00	<u>7,00</u>	A12 gD	Amtsärztin, Amtsarzt	Umwandlung von A12 gD	Umsetzung von 422 10 nach 422 79
0,00	<u>12,00</u>	A9 mD	Regierungsamtsinspektorin, Regierungsamtsinspektor	Umwandlung von A9 mD	Umsetzung von 422 10 nach 422 79
.....					

0,00 26,00 Umwandlungen/Umsetzungen

0,00 26,00 Stellen Zugänge insgesamt

2017 2018

**Umwandlung / Umsetzung**

**Abgänge**

<u>2,00</u>	<u>0,00</u>	A 14 hD	Oberregierungsärztin, Oberregierungsarzt	Umwandlung von A 14 hD	Umsetzung von 422 79 nach 422 10
<u>2,00</u>	<u>0,00</u>	A 11 gD	Regierungsamtsfrau, Regierungsamtsmann	Umwandlung von A 11 gD	Umsetzung von 422 79 nach 422 10
<u>5,00</u>	<u>0,00</u>	A 9 mD	Regierungsamtsinspektorin, Regierungsamtsinspektor	Umwandlung von A 9 mD	Umsetzung von 422 79 nach 422 10

9,00 0,00 Stellen Abgänge insgesamt

- 9,00 26,00 Stellen Zugänge / Abgänge (-)



**Begründung:**

Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf 2017/2018 werden im Einzelplan 03 entsprechend der von der Landesregierung beschlossenen Personalbedarfsplanung 2020 die zu erbringenden Abbaupflichtungen von 65 Planstellen (Kapitel 03 010 Titel 422 79) und einer Stelle (Kapitel 03 010 Titel 428 79) bis zum Jahr 2020 ausgewiesen.

Die bestehenden Stellenabbauverpflichtungen aus der PBP 2020 gelten für alle Abteilungen des MIK, also auch die Abteilung Verfassungsschutz. Mit Blick auf die Verteilung der ausgewiesenen kw-Verpflichtungen im MIK sollen kw-Vermerke bei 10 Stellen mit den Wertigkeiten 2 A14, 1 A 12, 2 A11 und 5 A9 mD gestrichen werden, die somit Ende 2019 bzw. Ende 2020 nicht entfallen. Die Streichung der kw-Vermerke führt zu keinen höheren Ausgaben im Haushalt 2017/2018.

Die Stellenübersicht bei Kapitel 03 010 Titel 422 10 ist entsprechend der Streichung der kw-Vermerke um die entsprechenden Stellen zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	<i>M</i>	<i>-</i>	<i>-</i>
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	<i>M</i>	<i>-</i>	<i>-</i>

Für die Fraktion der SPD

  
Daniel Kurth

Für die Fraktion die Linke

  
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

Änderungsantrag der

SPD - Fraktion und der  
Fraktion Die Linke

Eingegangen

13  
17. NOV. 2016/406

Erl. Onj -

**Einzelplan (Text): 03 Ministerium des Innern und für Kommunales**

**Seite:** 76 **Kapitel:** 03 110 **Titel:** 422 10

**Zweckbestimmung:**

Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter

**Stichwort:**

Erhöhung der Stellenzahl der Polizei

<b>Ansatz im Entwurf</b>	<b>2017</b>	<b>Ansatz im Entwurf:</b>	<b>2018</b>
	<b>EUR</b>		<b>EUR</b>
	271.848.100 €		267.464.600 €
<b>Änderung (+/-): EUR</b>		<b>Änderung (+/-): EUR</b>	
	+ 1.146.000 €		+ 2.705.500 €
<b>Ansatz neu: EUR</b>		<b>Ansatz neu: EUR</b>	
	272.994.100 €		270.170.100 €

**2017 Deckung bei:**

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
39	20 030	633 11	Erstattung von Kosten für die Unterbringung und Sozialleistungen für ausländische Flüchtlinge und Aussiedler sowie nach § 108 SGB XII	1.146.000 EUR
<b>insgesamt:</b>				<b>1.146.000 EUR</b>

**2018 Deckung bei:**

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
39	20 030	633 11	Erstattung von Kosten für die Unterbringung und Sozialleistungen für ausländische Flüchtlinge und Aussiedler sowie nach § 108 SGB XII	2.705.500 EUR
<b>insgesamt:</b>				<b>2.705.500 EUR</b>

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 232 10 geleistet werden.

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

		<b>2017</b>	<b>2018</b>
		<b>EUR</b>	<b>EUR</b>



1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	<u>272.994.100</u>	<u>270.170.100</u>
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0
	<b>Summe</b>	<u>272.994.100</u>	<u>270.170.100</u>

Veränderung des Stellenplans:

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes. Gr.	Lfb.	2016	2017	2018
....					
Erste Polizeihauptkommissarin ..	A13	gD	282,00	<u>296,00</u>	<u>302,00</u>
Polizeihauptkommissarin ..	A12	gD	507,00	<u>486,00</u>	<u>498,00</u>
Polizeihauptkommissarin ..	A11	gD	889,00	871,00	<u>928,00</u>
<b>Zusammen:</b>			<b>6.600,00</b>	<b><u>6.740,00</u></b>	<b><u>6.783,00</u></b>

Begründung der Änderung im Stellenplan:

**2017 2018**

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen (Auszug)

....					
<u>14,00</u>	<u>6,00</u>	<u>A13 gD</u>	<u>Erste</u> <u>Polizeihauptkommissarin ..</u>		
<u>17,00</u>	<u>12,00</u>	<u>A12 gD</u>	<u>Polizeihauptkommissarin ..</u>		
<u>0,00</u>	<u>17,00</u>	<u>A11 gD</u>	<u>Polizeihauptkommissarin ..</u>		
....					
<u>69,00</u>	<u>43,00</u>		<u>Zugänge neue Stellen</u>		
....					

**Begründung:**

Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf 2017/2018 wird die Zahl der Polizeistellen bis zum Jahr 2018 auf 8.200 Stellen ansteigen. Aufgrund der aktuellen Sicherheitslage werden nach Ansicht der Koalitionsfraktionen zur Bewältigung der wachsenden Anforderungen an den Polizeibereich bis zum Jahr 2018 weitere 50 zusätzliche Stellen benötigt.

Zuzüglich zu der im Haushaltsentwurf der Landesregierung enthaltenden Erhöhung des Stellensolls sollen deshalb bereits im Jahr 2017 zusätzlich 20 Stellen und im Jahr 2018 weitere 30 Stellen ausgebracht werden. Die Stellenzahl der Polizei erhöht sich damit auf 8.250 Stellen bis zum Jahr 2018.

Zusätzliche Stellen für den Polizeibereich können aufgrund der ausbildungsbedingten Vorlaufzeiten noch nicht gleich mit neu ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten besetzt

werden. Als kurzfristige Möglichkeiten zur Erhöhung des Personalbestandes stehen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit sowie die Erhöhung der Einstellungszahlen 2018 für externe Spezialisten und Verwaltungsbedienstete zur Verfügung.

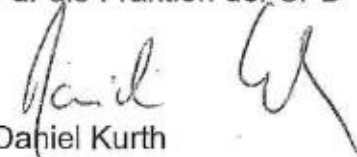
Da gerade fachlich hochqualifizierte lebensältere Beamte höher eingruppiert sind und externe Spezialisten mit hohem Fachniveau höher eingruppiert werden – insbesondere auch als Anreiz überhaupt in den Landesdienst einzutreten – sollen die zusätzlichen Stellen in den Wertigkeiten A 13, A 12 und A 11 ausgebracht werden, die folgende Kosten bedingen:

Wertigkeit	Anzahl	Zusätzliche Kosten ab 2017*	Anzahl	Zusätzliche Kosten ab 2018*
A 13 g	10	601.000	5	901.500 €
A 12	10	545.000	10	1.090.000 €
A 11	0		15	714.000 €
	<b>20</b>	<b>1.146.000</b>	<b>30</b>	<b>2.705.500 €</b>

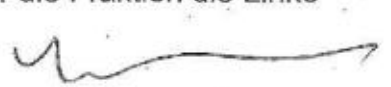
\*gemäß Personaldurchschnittskosten Stand 01.07.2016

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	8	—	3
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	8	—	3

Für die Fraktion der SPD

  
Daniel Kurth

Für die Fraktion die Linke

  
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

## Änderungsantrag der

SPD - Fraktion und der  
Fraktion Die Linke



**Einzelplan (Text): 03 Ministerium des Innern und für Kommunales**

**Seite:** 83 **Kapitel:** 03 110 **Titel:** 511 10

### Zweckbestimmung:

Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

### Stichwort:

Sachkosten für die Erhöhung der Stellenzahl bei der Polizei

Ansatz im Entwurf	2017 EUR	Ansatz im Entwurf:	2018 EUR
	1.497.500 €		1.492.500 €
Änderung (+/-): EUR	+ 44.000 €	Änderung (+/-): EUR	+ 66.000 €
Ansatz neu: EUR	1.541.500 €	Ansatz neu: EUR	1.558.500 €

### 2017 Deckung bei: EP 20

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
82	20 650	575 10	Zinsen für Kreditmarktmittel	44.000 EUR
insgesamt:		EUR		

### 2018 Deckung bei: EP 20

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
82	20 650	575 10	Zinsen für Kreditmarktmittel	66.000 EUR
insgesamt:		EUR		

### Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 282 10 geleistet werden.

### Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

		2017 EUR	2018 EUR
1.	Geschäftsbedarf	827.500	822.500
2.	Bücher, Zeitschriften	70.000	70.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	<u>594.000</u>	<u>616.000</u>
4.	Sonstiges	50.000	50.000
	<b>Summe</b>	<b><u>1.541.500</u></b>	<b><u>1.558.500</u></b>



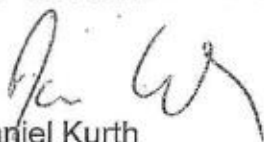
**Begründung:**

Wird entsprechend dem vorliegenden Änderungsantrag die Zahl der Polizeistellen um 50 Stellen erhöht, werden für besondere Ausstattungsbedarfe der Polizistinnen und Polizisten einmalig pro zusätzlicher Stelle 2.200 € als Sachmittelpauschale benötigt. Die Sachmittelpauschale beinhaltet u.a. die persönliche Schutzausrüstung, die personenbezogene Waffe oder spezialisierte Arbeitsmittel.

Der Titel 511 10 wird hilfsweise angegeben, da somit die anfallenden Kosten aus den verschiedensten Titeln im Rahmen des Verwaltungsbudgets gedeckt werden können.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	5	—	2
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	9	—	2

Für die Fraktion der SPD



Daniel Kurth

Für die Fraktion die Linke

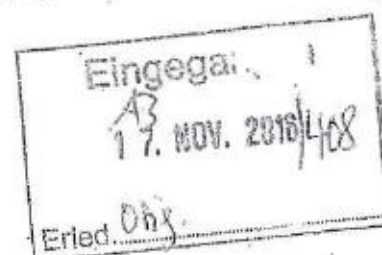


Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

Änderungsantrag der

SPD-Fraktion und der  
Fraktion DIE LINKE



**Einzelplan (Text): 03 Ministerium des Innern und für Kommunales**

**Seite:** 101 **Kapitel:** 03 130 **Titel:** 422 20

**Zweckbestimmung:**

Unterhaltszuschüsse der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikantinnen, Verwaltungspraktikanten und Auszubildende)

**Stichwort:**

Erhöhung des Einstellungskorridors der Polizei um 25 Anwärtler jährlich

<b>Ansatz im Entwurf</b>	<b>2017</b>	<b>Ansatz im Entwurf:</b>	<b>2018</b>
	<b>EUR</b>		<b>EUR</b>
	12.868.900 €		13.278.000 €
<b>Änderung (+/-): EUR</b>		<b>Änderung (+/-): EUR</b>	
	+ 140.700 €		+ 328.100 €
<b>Ansatz neu: EUR</b>		<b>Ansatz neu: EUR</b>	
	13.009.600 €		13.606.100 €

**2017 Deckung bei EP 20**

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
82	20 650	575 10	Zinsen für Kreditmarktmittel	140.700 EUR
<b>insgesamt:</b>				<b>140.7000 EUR</b>

**2018 Deckung bei: EP 20**

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
82	20 650	575 10	Zinsen für Kreditmarktmittel	328.100 EUR
<b>insgesamt:</b>				<b>328.100 EUR</b>

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 232 10 geleistet werden.

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

		<b>2017</b>	<b>2018</b>
		<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	<u>13.009.600</u>	<u>13.606.100</u>
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0

<b>Summe</b>	<b>13.009.600</b>	<b>13.606.100</b>
--------------	-------------------	-------------------

Die Übersicht der beabsichtigten Einstellungen ändert sich wie folgt:

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
mittlerer Dienst A 7	125	125
gehobener Dienst A 9	<u>225</u>	<u>235*</u>
<b>Gesamt</b>	<b><u>350</u></b>	<b><u>360</u></b>

\*davon 10 Spitzensportler

Übersicht der Beschäftigungspositionen:

	<b>Neu</b>	
	<b>2017</b>	<b>2018</b>
Polizeikommissaranwärterin, Polizeikommissaranwärter A 9 gD	<u>630</u>	<u>680</u>
Polizeimeisteranwärterin, Polizeimeisteranwärter A 7 mD	370	340
<b>gesamt</b>	<b><u>1.000</u></b>	<b><u>1.020</u></b>

#### Begründung:

Mit einem vorliegenden Änderungsantrag soll die Zahl der Polizeistellen um 50 Stellen auf eine Stellenzahl von 8.250 erhöht werden. Für die langfristige Sicherstellung der Besetzung dieser Stellen sollen in 2017 und in 2018 jeweils 25 zusätzliche Anwärterstellen im gehobenen Dienst ausgebracht werden.

Einst.-Jahr	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>	<b>2020</b>
04/2017	281.300	375.000	375.000	93.800
04/2018		281.300	375.000	375.000
	<b>281.300</b>	<b>656.300</b>	<b>750.000</b>	<b>468.800</b>

Die Hälfte des in der Tabelle dargestellten Mehrbedarfs wird in der Bewirtschaftung aus dem Personalbudget (HGr.4) des Einzelplans 03 gedeckt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>JA</b>	<b>NEIN</b>	<b>Enthaltungen</b>
Fachausschuss	8	1	2
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	8	—	3

Für die Fraktion der SPD

  
Daniel Kurth

Für die Fraktion Die Linke

  
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg



# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

Eingegangen  
43  
17. NOV. 2016/405  
Erled. 008

## Änderungsantrag der

SPD - Fraktion und der  
Fraktion Die Linke

**Einzelplan (Text): 03 Ministerium des Innern und für Kommunales**

**Seite:** 104 **Kapitel:** 03 130 **Titel:** 511 10

### Zweckbestimmung:

Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

### Stichwort:

Sachkosten für die Erhöhung der Anwärterzahlen der Polizei um 25 Anwärter jährlich

Ansatz im Entwurf	2017 EUR	Ansatz im Entwurf:	2018 EUR
	135.000 €		135.000 €
Änderung (+/-): EUR	+ 55.000 €	Änderung (+/-): EUR	+ 55.000 €
Ansatz neu: EUR	190.000 €	Ansatz neu: EUR	190.000 €

### 2017 Deckung bei: EP 20

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
82	20 650	575 10	Zinsen für Kreditmarktmittel	55.000 EUR
insgesamt:				55.000 EUR

### 2018 Deckung bei: EP 20

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
82	20 650	575 10	Zinsen für Kreditmarktmittel	55.000 EUR
insgesamt:				55.000 EUR

### Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

### Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

		2017 EUR	2018 EUR
1.	Geschäftsbedarf	75.000	75.000
2.	Bücher, Zeitschriften	1.500	1.500
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	108.500	108.500
4.	Sonstiges	5.000	5.000
	Summe	190.000	190.000

**Begründung:**

Wird entsprechend dem vorliegenden Änderungsantrag die Zahl der Polizeianwärter um 25 Anwärterstellen jährlich erhöht, werden für besondere Ausstattungsbedarfe einmalig pro zusätzlicher Stelle 2.200 € als Sachmittelpauschale benötigt.

Die Sachmittelpauschale deckt u.a. die Kosten für die Erstausrüstung mit Uniform und persönlicher Schutzausrüstung sowie den erhöhten Verwaltungsaufwand der FHPol.

Der Titel 511 10 wird hilfsweise angegeben, da somit die anfallenden Kosten aus den verschiedensten Titeln im Rahmen des Verwaltungsbudgets gedeckt werden können.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	9	-	2
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	9	-	2

Für die Fraktion der SPD

  
Daniel Kurth

Für die Fraktion die Linke

  
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD  
und der Fraktion DIE LINKE  
Neudruck

EINGEGANGEN

23. NOV. 2015 1529

Erledigt

Tischvorlage

Einzelplan (Text): 03 Ministerium des Innern und für Kommunales

Seite: 110

Kapitel: 03 130

Titel: 546 25 (neu)

Zweckbestimmung: Zuführungen an den BLB

Stichwort: Errichtung einer Studierendenunterkunft an der FH Pol Oranienburg

Ansatz im Entwurf	2017	0 EUR	Ansatz im Entwurf:	2018	0 EUR
Änderung (+/-): EUR			Änderung (+/-): EUR		
Ansatz neu: EUR		0 EUR	Ansatz neu: EUR		0 EUR

2017 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				EUR
insgesamt:		EUR		

2018 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				EUR
insgesamt:		EUR		

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Es sollen Planungs- und Vorbereitungskosten für eine Unterkunft für Studierende an der FH Polizei in Oranienburg im Rahmen der Deckungsfähigkeit bereitgestellt werden.

Begründung:

In den vergangenen Jahren hat das Land große Anstrengungen unternommen, um die Anwärterzahlen an der Fachhochschule der Polizei in Oranienburg deutlich zu steigern. Die dort Studierenden finden ihre Unterkunft bisher auf dem Wohnungsmarkt in Oranienburg und im Landkreis Oberhavel. Dieser Bereich des Landes ist aufgrund hoher Zuzüge bereits stark belastet und bedingt auch dadurch vglw. hohe Mieten.

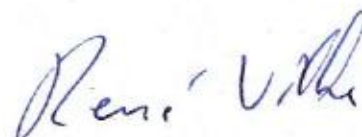
Um diesen Bereich zu entlasten, soll das Land eine Unterkunft für die Studierenden an der Fachhochschule der Polizei in Oranienburg einrichten. Gerade in einem Flächenland, wie Brandenburg erscheint die Einrichtung einer Unterkunft für die Studierenden als ein geeignetes Mittel, um die Ausbildung an der Fachhochschule der Polizei zu unterstützen



und so eine ausreichende Anzahl von Bewerberinnen und Bewerbern für den Dienst im Land Brandenburg zu gewinnen.

Darum sollen die dazu erforderlichen Schritte von der Landesregierung in 2017 eingeleitet werden.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss			
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	11	-	-



# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

## Änderungsantrag der

SPD - Fraktion und der  
Fraktion Die Linke



<b>Einzelplan (Text): 03 Ministerium des Innern und für Kommunales</b>		
<b>Seite:</b> 154	<b>Kapitel:</b> 03 750	<b>Titel:</b> 422 10
<b>Zweckbestimmung:</b> Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter		

**Stichwort:**  
Zahlung einer Feuerwehrezulage für die Ausbilder für den feuerwehrtechnischen Dienst der LSTE

<b>Ansatz im Entwurf</b>	<b>2017</b> <b>EUR</b> 899.600 €	<b>Ansatz im Entwurf:</b>	<b>2018</b> <b>EUR</b> 899.600 €
<b>Änderung (+/-): EUR</b>	<b>+ 75.000 €</b>	<b>Änderung (+/-): EUR</b>	<b>+ 75.000 €</b>
<b>Ansatz neu: EUR</b>	<b>974.600 €</b>	<b>Ansatz neu: EUR</b>	<b>974.600 €</b>

2017 Deckung bei: EP 20				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
39	20 030	633 11	Erstattung von Kosten für die Unterbringung und Sozialleistungen für ausländische Flüchtlinge und Aussiedler sowie nach § 108 SGB XII	75.000 EUR
<b>insgesamt:</b>				<b>75.000 EUR</b>

2018 Deckung bei: EP 20				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
39	20 030	633 11	Erstattung von Kosten für die Unterbringung und Sozialleistungen für ausländische Flüchtlinge und Aussiedler sowie nach § 108 SGB XII	75.000 EUR
<b>insgesamt:</b>				<b>75.000 EUR</b>

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

		2017	2018
		EUR	EUR

1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	974.600	974.600
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0
	<b>Summe</b>	<b>974.600</b>	<b>974.600</b>

### Begründung:

Gemäß § 24 Abs. 7 des Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes ist das Land zuständig für die Aus- und Fortbildung von Führungskräften der Freiwilligen Feuerwehren sowie die Sonderausbildung. Der von den Trägern des Brand- und Katastrophenschutzes gemeldete Bedarf an Lehrgangplätzen übersteigt mittlerweile die personellen Kapazitäten an Lehrkräften der LSTE. Dies liegt unter anderem in den veränderten Bedarfen der Aufgabenträger durch einen Zuwachs im Bereich des Katastrophenschutzes und im Krisenmanagement begründet.

Die Führungsausbildung von Feuerwehrangehörigen liegt in der Verantwortung des Landes Brandenburg. Dafür wird an der Landesschule und Technische Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz(LSTE) geeignetes und vor allem fachkundiges Personal benötigt. Dieses lässt sich überwiegend nur aus den Einsatzdiensten der Feuerwehr gewinnen. Ein Wechsel an die LSTE ist bislang jedoch zwangsläufig mit dem Wegfall der Feuerwehrezulage verbunden. Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass es deshalb immer schwieriger wird, geeignetes Ausbildungspersonal zu gewinnen.

Deshalb soll der Anwendungsbereich der sog. Feuerwehrezulage auf die an der LSTE eingesetzten Beamtinnen und Beamte des feuerwehrtechnischen Dienstes erweitert werden. Dies dient in erster Linie der Attraktivitätssteigerung der Tätigkeit als Lehrkraft bzw. Ausbilderin und Ausbilder im Landesdienst an der LSTE.

Ähnlich wie im regulären Einsatzdienst der Feuerwehr werden auch an die Lehrkräfte der LSTE hohe psychische Anforderungen gestellt und eine überdurchschnittlich hohe körperliche Konstitution vorausgesetzt. Sie müssen in der Lage sein, alle Übungsmaßnahmen problemlos vormachen und kontrollieren zu können. Die hohen physischen und psychischen Belastungen der Ausbilder im Bereich des feuerwehrtechnischen Dienstes rechtfertigen die Zahlung einer Zulage.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	11	-	-
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	11	-	-

Für die Fraktion der SPD

  
Daniel Kurth

Für die Fraktion die Linke

  
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg



# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

Änderungsantrag der

SPD-Fraktion und der  
Fraktion DIE LINKE

Eingegangen

A3  
17. NOV. 2016 / 411

Erled. 018

**Einzelplan (Text): 03 Ministerium des Innern und für Kommunales**

**Seite:** 154      **Kapitel:** 03 750      **Titel:** 422 10

**Zweckbestimmung:**

Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter

**Stichwort:**

Erhöhung der Stellenzahl an der LSTE

Ansatz im Entwurf	2017 EUR	Ansatz im Entwurf:	2018 EUR
Brandamtsrätin, Brandamtsrat, Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat A12 gD	899.600 € 5,00	Brandamtsrätin, Brandamtsrat, Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat A12 gD	899.600 € 5,00
<b>Änderung (+/-): EUR</b>	€	<b>Änderung (+/-): EUR</b>	€
Brandamtsrätin, Brandamtsrat, Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat A12 gD	+2,00	Brandamtsrätin, Brandamtsrat, Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat A12 gD	+2,00
<b>Ansatz neu: EUR</b>	899.600 €	<b>Ansatz neu: EUR</b>	899.600 €
Brandamtsrätin, Brandamtsrat, Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat A12 gD	7,00	Brandamtsrätin, Brandamtsrat, Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat A12 gD	7,00

**2017 Deckung bei:**

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				EUR
<b>insgesamt:</b>		<b>EUR</b>		

**2018 Deckung bei:**

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				EUR
<b>insgesamt:</b>		<b>EUR</b>		

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Begründung:**

Gemäß § 24 Abs. 7 des Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes ist das Land zuständig für die Aus- und Fortbildung von Führungskräften der Freiwilligen Feuerwehren sowie die Sonderausbildung. Der von den Trägern des Brand- und Katastrophenschutzes gemeldete Bedarf an Lehrgangplätzen übersteigt regelmäßig merklich die personellen Kapazitäten an Lehrkräften der LSTE. Dies liegt unter anderem in den veränderten Bedarfen der Aufgabenträger durch einen Zuwachs im Bereich des Katastrophenschutzes und im Krisenmanagement begründet.

Um dem Lehrgangsbedarf der Aufgabenträger entsprechen zu können, sollen zwei zusätzliche Planstellen im gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst geschaffen werden. Insbesondere die Ausbildung von Führungskräften, wie Gemeinde-, Amts- und Stadtwehrführer sowie Kreisbrandmeister und ihrer Stellvertreter soll damit unterstützt werden. Diverse Führungslehrgänge sind gemäß § 4 der Verordnung über Aufnahme, Heranziehung, Zugehörigkeit und Ausscheiden der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen (Tätigkeitsverordnung Freiwillige Feuerwehr - TVFF) Voraussetzung zur Bestellung von Führungskräften. Darüber hinaus zeichnet sich eine Erweiterung des Bedarfs im Bereich der zentralen Fortbildung für den Bereich Zivilschutz als auch für den Bereich der Disponenten in der Leitstelle ab.

Den Trägern der Regionalleitstellen für den Brandschutz, den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz im Land Brandenburg, dem Landkreis Barnim und den kreisfreien Städten Brandenburg an der Havel, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam, ist es derzeit kaum noch möglich, qualifiziertes Personal für die Tätigkeit als Disponent zu finden. Gründe hierfür sind die hohen Anforderungen an die jeweils ergänzenden Ausbildungsabschnitte für die Bediensteten der Feuerwehr und des Rettungsdienstes. Dieser Aufwand hat sich in den letzten Jahren durch Einführung der Notfallsanitäterausbildung wesentlich erhöht. Um den Aufwand zu begrenzen und die Ausbildungsabschnitte zu verkürzen sollen an der Landesschule für Brand- und Katastrophenschutz neue Lehrgänge für die Qualifikation der Disponenten angeboten werden. Diese Lehrgänge sollen zusätzlich zu den bisherigen Weiterbildungen erfolgen.

Der in der Tabelle dargestellte Mehrbedarf wird in der Bewirtschaftung aus dem Personalbudget (HGr.4) des Einzelplans 03 gedeckt.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	11	—	—
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	11	—	—

Für die Fraktion der SPD

  
Daniel Kurth

Für die Fraktion die Linke

  
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg



# Haushaltswurf/Haushalt 2017/2018

Änderungsantrag der

SPD - Fraktion und der  
Fraktion Die Linke

Eingegangen  
13  
17. NOV. 2016/42  
Erled. Dng

<b>Einzelplan (Text): 03 – Ministerium des Innern und für Kommunales</b>
<b>Seite: 169 Kapitel: 03 810 Titel: 119 10</b>
<b>Zweckbestimmung: Sonstige Verwaltungseinnahmen</b>

**Stichwort:** Berücksichtigung von Einnahmen für die Unterbringung von dem Land Berlin zugewiesenen Asylbewerbern für bis zu 1.000 Plätze in Wünsdorf

<b>Ansatz im Entwurf</b>	<b>2017</b>	<b>Ansatz im Entwurf:</b>	<b>2018</b>
EUR		EUR	
	4.069.200		30.000
<b>Änderung (+/-): EUR</b>		<b>Änderung (+/-): EUR</b>	
	+ 10.102.300		+ 16.258.300
<b>Ansatz neu: EUR</b>		<b>Ansatz neu: EUR</b>	
	14.171.500		16.288.300

<b>2017 Deckung bei: entfällt</b>				
<b>Seite</b>	<b>Kapitel</b>	<b>Titel</b>	<b>Stichwort</b>	<b>in Höhe von</b>
				EUR
<b>insgesamt: EUR</b>				

<b>2018 Deckung bei: entfällt</b>				
<b>Seite</b>	<b>Kapitel</b>	<b>Titel</b>	<b>Stichwort</b>	<b>in Höhe von</b>
				EUR
<b>insgesamt: EUR</b>				

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

		<b>2017</b>	<b>2018</b>
		EUR	EUR
1.	Erstattung verauslagter Abschiebekosten gemäß § 67 Zuwanderungsgesetz.	30.000	30.000
2.	Einnahmen aus der Vereinbarung mit dem Land Berlin über die vorübergehende Aufnahme von Asylbegehrenden	14.141.500	16.258.300
	<b>Summe</b>	<b>14.171.500</b>	<b>16.288.300</b>

...

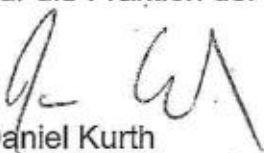
**Begründung:**

Das Land Brandenburg (MIK) hat mit dem Land Berlin (Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales) mit Wirkung vom 15.10.2016 eine Vereinbarung über die vorübergehende Aufnahme von Asylbegehrenden getroffen. Danach werden Asylbewerber die vom Land Berlin aufgrund seiner Aufnahmequote nach dem Königsteiner Schlüssel aufzunehmen sind, vom Land Brandenburg in der Außenstelle der EAE in Wünsdorf untergebracht und versorgt (bis 1.000 Personen).

Hierfür erstattet das Land Berlin Ausgaben in Höhe von 34 EUR/Tag/Person zuzüglich variabler Aufwendungen gemäß AsylbewLG. Danach werden voraussichtlich Mehreinnahmen für 2017 i.H.v. bis zu 10.102.300 EUR und 2018 i.H.v. bis zu 16.258.300 EUR erzielt. Die mit diesen geplanten Mehreinnahmen korrespondierenden Mehrausgaben werden bei Titel 526 20 nachgewiesen. Dies ist aufgrund der Vereinbarung mit Berlin zur Zahlung von fixen und variablen Kosten und der Abhängigkeit der Entstehung der Einnahmen und Ausgaben von der Belegung der Plätze sachgerecht.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	8	3	—
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	7	4	—

Für die Fraktion der SPD

  
Daniel Kurth

Für die Fraktion die Linke

  
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

## Änderungsantrag der

SPD - Fraktion und der  
Fraktion Die Linke

Eingegangen

17. NOV. 2016/473

**Einzelplan (Text): 03 – Ministerium des Innern und für Kommunales**

**Seite:** 174 **Kapitel:** 03 810 **Titel:** 526 20

**Zweckbestimmung:** Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbewLG)

**Stichwort:** Leistungen nach dem AsylbewLG

<b>Ansatz im Entwurf EUR</b>	<b>2017</b>	<b>Ansatz im Entwurf: EUR</b>	<b>2018</b>
	36.783.700		38.220.600
<b>Änderung (+/-): EUR</b>		<b>Änderung (+/-): EUR</b>	
	+ 23.602.300		+ 19.018.400
<b>Ansatz neu: EUR</b>		<b>Ansatz neu: EUR</b>	
	60.386.000		57.239.000

### 2017 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
169	03 810	119 10	Sonstige Verwaltungseinnahmen (Mehreinnahmen)	10.102.300 EUR
39	20 030	633 11	Erstattung von Kosten für die Unterbringung und Sozialleistungen für ausländische Flüchtlinge und Aussiedler sowie nach § 108 SGB XII	13.500.000 EUR
<b>insgesamt:</b>				<b>23.602.300 EUR</b>

### 2018 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
169	03 810	119 10	Sonstige Verwaltungseinnahmen (Mehreinnahmen)	16.258.300 EUR
39	20 030	633 11	Erstattung von Kosten für die Unterbringung und Sozialleistungen für ausländische Flüchtlinge und Aussiedler sowie nach § 108 SGB XII	2.760.100 EUR
<b>insgesamt:</b>				<b>19.018.400 EUR</b>



**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

	2017 EUR	2018 EUR
1. Grundleistungen (§ 3 AsylbewLG) <u>EAE + AHE</u>	<u>38.765.465</u>	<u>34.069.776</u>
2. Grundleistungen (§ 3 AsylbewLG) <u>Wünsdorf</u>	<u>12.588.057</u>	<u>12.789.414</u>
3. Leistungen bei Krankheit (§ 4 AsylbewLG)	<u>8.401.842</u>	<u>9.749.219</u>
4. Arbeitsgelegenheiten (§ 5 AsylbewLG)	<u>485.927</u>	<u>485.927</u>
5. sonstige Leistungen (§ 6 AsylbewLG)	<u>144.664</u>	<u>144.664</u>
Summe	<u>60.386.000</u>	<u>57.239.000</u>

Mehr wegen erforderlicher Zahlungen an die Dienstleister.

Asylbewerberinnen und Asylbewerber haben lt. Asylbewerberleistungsgesetz Anspruch auf Grundleistungen, Leistungen bei Krankheit, Arbeitsgelegenheiten und sonstige Leistungen.

Zu den Grundleistungen gehören Unterbringung, Verpflegung, soziale und medizinische Betreuung, Taschengeldzahlung, Bekleidung und Bewachung. Diese werden über einen Betreibervertrag abgesichert.

In Aufnahmeeinrichtungen im Sinne des § 44 des Asylgesetzes sollen Arbeitsgelegenheiten insbesondere zur Aufrechterhaltung und Betreibung der Einrichtung oder bei staatlichen, bei kommunalen und bei gemeinnützigen Trägern zur Verfügung gestellt werden. Diese werden gemäß § 5 Asylbewerberleistungsgesetz mit 1,05 EUR pro Stunde vergütet.

Sonstige Leistungen werden insbesondere gewährt, wenn sie im Einzelfall zur Sicherung des Lebensunterhalts oder der Gesundheit unerlässlich bzw. zur Deckung besonderer Bedürfnisse von Kindern geboten sind.

**Begründung: :**

Mit Schreiben vom 23.9.2016 hat das MdF den Vorsitzenden des Ausschusses für Haushalt und Finanzen (AHF) über eine bevorstehende Haushaltsüberschreitung im Epl. 03 unterrichtet. In der Sitzung des AHF am 13.10.2016 hat das MIK darüber informiert, dass die für das Haushaltsjahr 2016 im Kapitel 03 810 veranschlagten Mittel nicht auskömmlich sind, um die vertraglichen Verpflichtungen des Landes vollständig zu erfüllen. Es müsse von einer Ansatzüberschreitung in Höhe von bis zu 21 Mio. EUR ausgegangen werden. In diesem Zusammenhang wurde auch angekündigt, den Entwurf des Haushalts 2017/2018 diesbezüglich zu überprüfen.

Diese Überprüfung hat ergeben, dass auch für die Jahre 2017 und 2018 die vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den Dienstleistern zur Zahlung einer belegungsunabhängigen Grundlast, von belegungsabhängigen Ausgaben und auch Ausgaben in Bezug auf die Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände deutlich über der bisherigen Planung liegen werden. Der ausgabeseitige Mehrbedarf für 2017/2018 beträgt 23.602.300 EUR bzw. 19.018.400 EUR (siehe Übersicht). Dem stehen geplante Mehreinnahmen von 10.102.300 EUR bzw. 16.258.300 EUR gegenüber. Daraus ergibt sich ein tatsächlicher (saldierter) Mehrbedarf von 13,5 Mio. EUR in 2017 und von 2,76 Mio. EUR in 2018.

Das MIK hat bei der Überarbeitung der Veranschlagung eine durchschnittliche Belegung

von 3.300 Plätzen, die Anpassung des asylrechtlichen Rahmens durch den Bund (z.B. Asylpakete I und II, Datenaustauschverbesserungsgesetz, Integrationsgesetz) und die damit einhergehende Verlängerung der Verweildauer auf bis zu 6 Monate berücksichtigt. Gleichzeitig wurden sowohl die Veränderungen infolge der baulichen Erweiterung der Kapazitäten als auch die Schließung von Außenstellen bzw. die vorzeitige Reduzierung des Leistungsumfanges der Dienstleister, die sich aus den noch laufenden Nachverhandlungen der Verträge ergibt, beachtet. Außerdem wurde für 2018 eine globale 2,5%ige Preissteigerung aufgrund von Tarifierhöhungen bzw. der Erhöhung des Mindestlohns berücksichtigt und die Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Gemeinden und Gemeindeverbänden an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	8	1	2
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	8	1	2

Für die Fraktion der SPD

  
Daniel Kurth

Für die Fraktion die Linke

  
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg



# Haushaltsgesetzentwurf 2017/2018

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD  
und der Fraktion DIE LINKE

EINGEGANGEN

23. NOV. 2016/1526

Erledigt

Tischvorlage

**Einzelplan (Text):** 03 – Ministerium des Innern und für Kommunales

**Seite:** div.; siehe Anlage

**Kapitel:** div.; siehe Anlage

**Titel:** div.; siehe Anlage

**Zweckbestimmung:**

**Stichwort:** Ermächtigung der Landtagsverwaltung, in Zusammenarbeit mit dem MdF Korrekturen entsprechend der beiliegenden Übersicht durchzuführen.

Ansatz im Entwurf	2017	Ansatz im Entwurf:	2018
Änderung (+/-):		Änderung (+/-):	
Ansatz neu:		Ansatz neu:	

**2017 Deckung bei:**

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
insgesamt:				

**2018 Deckung bei:**

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
insgesamt:				

**Haushaltsvermerk** (Änderungen bitte unterstreichen):

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Begründung:**

Die Landtagsverwaltung wird ermächtigt, in Zusammenarbeit mit dem MdF die sich aus den Beschlüssen des Ausschusses ergebenden inhaltlichen und zahlenmäßigen Änderungen zu erfassen und in die Beschlussempfehlungen zum Text des Haushaltsgesetzentwurfes 2017/2018 und zu den Einzelplänen einzuarbeiten sowie offensichtliche Unrichtigkeiten zu beseitigen.

Darüber hinaus wird die Landtagsverwaltung in Zusammenarbeit mit dem MdF ermächtigt, die in der Anlage enthaltenen Unrichtigkeiten zu korrigieren.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltung
Fachausschuss			
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	11	-	-

M. C. G.

René W. H.

Kapitel & Titel / Vorwort / Anlagen	Seite	Zweckbestimmung	Stichwort	bisherige Formulierung	Formulierung neu	Begründung
03 010/ 359 78	15	Entnahme aus der Rücklage Langzeitkonten	falsche FKZ	11	851	redaktionelles Versehen
03010/ 919 78	24	Zuführung zu der Rücklage Langzeitkonten	falsche FKZ	11	851	redaktionelles Versehen



## **Abgelehnte Änderungsanträge**

zum

Einzelplan 03

zur 2. Lesung

Eingegangen

13  
17. NOV. 2016 14/14**Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018**

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Vom 17.11.2016

Erled. Onj

<b>Einzelplan 03: Ministerium des Innern und für Kommunales</b>		
<b>Seite:</b> 16	<b>Kapitel:</b> 03 010	<b>Titel:</b> 422 10
<b>Zweckbestimmung:</b> Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter		

**Stichwort:** Stärkung des Verfassungsschutzes

<b>Ansatz im Entwurf:</b>	<b>2017</b>	<b>Ansatz im Entwurf:</b>	<b>2018</b>
EUR		EUR	
	19.107.400		19.528.400
<b>Änderung (+/-): EUR</b>		<b>Änderung (+/-): EUR</b>	
	+2.000.000		+2.000.000
<b>Ansatz neu: EUR</b>		<b>Ansatz neu: EUR</b>	
	21.107.400		21.528.400

**2017 Deckung bei:** Einzelplan 20

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
23	20 020	461 20	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	2.000.000 EUR
<b>insgesamt:</b>				<b>2.000.000 EUR</b>

**2018 Deckung bei:** Einzelplan 20

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
23	20 020	461 20	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	2.000.000 EUR
<b>insgesamt:</b>				<b>2.000.000 EUR</b>

**Haushaltsvermerk:****Erläuterungen:**

	2017 EUR	2018 EUR
1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	<u>21.107.400</u>	<u>21.528.400</u>
2. Aufwandsentschädigung	0	0
3. Sonstige Leistungen	0	0
<b>Summe</b>	<b>21.107.400</b>	<b>21.528.400</b>

Mehr für den Verfassungsschutz wegen erhöhter Belastung durch die große Anzahl von Asylbewerbern/Flüchtligen und erhöhter Gefährdungslage infolge der zunehmenden Bedrohung durch islamistischen Terrorismus sowie der anhaltenden Bedrohung durch Rechts- und Linksextremismus.

**Stellenplan:**

Amtsbezeichnung	Bes Gr.	Lfb.	2016	2017	2018
[...]					
<u>Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor</u>	<u>A 15</u>	<u>hD</u>	73,00	<u>78,00</u>	<u>73,00</u>
<u>Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat</u>	<u>A 14</u>	<u>hD</u>	1,00	<u>6,00</u>	<u>5,00</u>
<u>Oberamtsrätin, Oberamtsrat</u>	<u>A 13</u>	<u>gD</u>	117,00	<u>122,00</u>	<u>122,00</u>
<u>Amtsärztin, Amtsarzt</u>	<u>A 12</u>	<u>gD</u>	62,00	<u>67,00</u>	<u>59,00</u>
<u>Regierungsamtfrau, Regierungsamtman</u>	<u>A 11</u>	<u>gD</u>	14,00	<u>20,00</u>	<u>20,00</u>
[...]					
<u>Regierungsamtsinspektorin,</u> <u>Regierungsamtsinspektor</u>	<u>A 9</u>	<u>mD</u>	<u>47,00</u>	<u>52,00</u>	<u>40,00</u>
[...]					
Zusammen:			371,00	<u>402,00</u>	<u>375,00</u>

[...]

**Begründung der Änderungen im Stellenplan:**

2017      2018

**Zugänge****Neue Stellen**

5,00	0,00	<u>A 15 hD</u>	<u>Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor</u>
5,00	0,00	<u>A 14 hD</u>	<u>Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat</u>
5,00	0,00	<u>A 13 gD</u>	<u>Oberamtsrätin, Oberamtsrat</u>
5,00	0,00	<u>A 12 gD</u>	<u>Amtsärztin, Amtsarzt</u>
5,00	0,00	<u>A 11 gD</u>	<u>Regierungsamtfrau, Regierungsamtman</u>
5,00	0,00	<u>A 9 gD</u>	<u>Regierungsamtfrau, Regierungsamtman</u>
30,00		<u>Zugänge neue Stellen</u>	
<u>30,00</u>		<u>Stellen Zugänge insgesamt</u>	
<u>30,00</u>		<u>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</u>	

[...]

**Begründung:**

Aufgrund der erhöhten Gefährdungslage durch den islamistischen Terrorismus sowie der anhaltenden Bedrohung durch den Rechts- und Linksextremismus werden 30 zusätzliche Stellen beim Verfassungsschutz geschaffen. Der Arbeitsumfang des Verfassungsschutzes hat sich in den letzten Jahren wesentlich erhöht, so dass dieser bereits heute aufgrund Personalmangels durch Polizeibeamte unterstützt werden muss. Ein Grund dafür ist der Personalabbau beim Verfassungsschutz. Im Jahr 2010 gab es noch 114 Dienstposten, während es heute nur noch etwa 90 sind.

Islamismus und Terrorismus sind in den vergangenen Jahren auch für Brandenburg eine reale Bedrohung geworden. Aus Deutschland sind bis Ende 2015 rund 780 Personen in die syrischen und irakischen Kampfgebiete gereist. Ein Drittel der ausgewanderten Personen ist wieder zurückgekehrt. Seit dem Jahr 2013 ist die Anzahl der bekannten islamistischen Extremisten in Brandenburg von 30 auf etwa 80 Personen angestiegen. Davon werden gegenwärtig rund 50 Personen als gewaltbereit eingeschätzt. Mehr als zehn Personen sind sogenannte Gefährder, denen jederzeit zugetraut wird, Straftaten von erheblicher Bedeutung zu begehen.



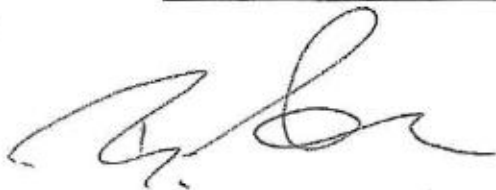
Die Bildung von Terrorzellen und unberechenbare Einzeltäter sind in ganz Europa zu einer ständigen Gefahr geworden. Belebte Orte und kritische Infrastrukturen wie die öffentlichen Verkehrsmittel oder Versorgungsinfrastrukturen stellen potentielle Ziele von Terroristen dar. Brandenburg kann mithin nicht mehr nur als ein Rückzugsgebiet eingestuft werden. Außerdem nutzen viele Brandenburger die Infrastrukturen nach und in Berlin. Deshalb ist es notwendig, dass der Verfassungsschutz eine vertiefte Einsicht in die Ideologie, Kommunikation, Absichten und Verhaltensweisen von Salafisten, Islamisten und Terroristen erhält.

Darüber hinaus wirken die Auftritte der Salafisten, Islamisten und Terroristen im Internet und in den sozialen Medien auch in Brandenburg. Das Internet und die sozialen Medien dienen ihnen zur Verbreitung von Propaganda, zur Mobilisierung sowie in vielfältiger Weise als virtueller Aktions- und Kommunikationsraum. Insbesondere Heranwachsende und Kinder werden zu Rekrutierungsopfern. Deshalb ist es geboten, dass der Verfassungsschutz in diesem Bereich besser aufgestellt wird.

Den Hauptschwerpunkt bildet in Brandenburg weiterhin die politisch-motivierte Kriminalität durch Rechtsextremisten mit 1.581 Fällen. Diese stieg im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um über 23 Prozent an. Besorgniserregend ist der erhebliche Anstieg bei der Gewaltkriminalität von 73 auf 129 Fälle. Das rechtsextremistische Personenpotential in Brandenburg stieg im Jahr 2015 leicht auf 1.230 Personen an. Es gibt etwa 470 gewaltbereite Rechtsextremisten. Dies ist der höchste Wert seit dem Jahr 2009.

Im Jahr 2015 gehörten in Brandenburg 490 Personen zum linksextremistischen Personenpotential. Die linksextremistischen Gewalttaten sind deutlich von 30 auf 48 Fälle angewachsen. Die Zahl gewaltbereiter Autonomen hat sich auf 200 erhöht. Der Rote Hilfe e.V. hat etwa 210 Mitglieder und ist in Brandenburg bisher kontinuierlich angewachsen. Dieser Verein ist eine Unterstützungsorganisation für politisch-motivierte Straftäter und operiert als vermittelnde Konsensorganisation innerhalb des Linksextremismus. Ihr Vorgehen richtet sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltung
Fachausschuss	4	7	—
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	4	7	—



Björn Lakenmacher



Sven Petke



# Haushaltsgesetzentwurf 2017/2018

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 10. November 2016

Eingegangen

16. NOV. 2016

Gr. Vol. Halle

+ M. Welke

Einzelplan 03 (Ministerium des Innern und für Kommunales):		
Seite: 16	Kapitel: 03 010	Titel: 422 10
Zweckbestimmung: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter		

Stichwort: Einrichtung eines/einer Polizeibeauftragten
--

Ansatz im Entwurf	2017	Ansatz im Entwurf:	2018
19.107.400 €		19.528.400 €	
Änderung (+/-):		Änderung (+/-):	
+89.000 €		+89.000 €	
Ansatz neu:		Ansatz neu:	
19.196.400 €		19.617.400 €	

2017 Deckung bei: Einzelplan 02				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
15	02 010	427 30	Vertretungsmittelpool „Sonderaufgaben“	89.000 €
insgesamt:				89.000 €

2018 Deckung bei: Einzelplan 02				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
15	02 010	427 30	Vertretungsmittelpool „Sonderaufgaben“	89.000 €
insgesamt:				89.000 €

Haushaltsvermerk (Änderungen bitte unterstreichen):					
Erläuterungen (Änderungen bitte unterstreichen):					
[...]					
Stellenplan:					
Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfd.	2016	2017	2018
[...]					
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	A15	hD	73,00	74,00	74,00
[...]					

**Begründung der Änderungen im Stellenplan:**

2017 2018

**Zugänge:****Neue Stellen:**

1,00	0,00	A15hD	Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	Polizeibeauftragte, Polizeibeauftragter
1,00	0,00	Zugänge neue Stellen		
1,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt		
1,00	0,00	Stellen Zugänge/Abgänge (-)		

[...]

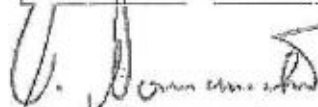
**Begründung:**

Die Polizei hat die Aufgabe, Gefahren abzuwehren und Straftaten zu verfolgen. Sie wird damit in Situationen tätig, die typischerweise Konfliktpotenzial in sich tragen. Bereits jetzt besteht die Möglichkeit, behauptetes polizeiliches Fehlverhalten im Rahmen einer Dienst- oder Fachaufsichtsbeschwerde geltend zu machen. Hierüber wird allerdings innerhalb der Organisationsstruktur der Polizei entschieden.

Der Änderungsantrag sieht die Schaffung eines/einer unabhängigen Polizeibeauftragten vor. Er/Sie soll als Anlaufstelle sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte dienen. Dass die Einrichtung eines/einer Polizeibeauftragten auch als interne Anlaufstelle für Polizeibeamte in Brandenburg dringend notwendig ist, zeigten u.a. Vorwürfe, die im Zusammenhang mit dem sogenannten Maskenmahnprozess erhoben wurden. Diese haben sich laut Bericht von Dezember 2015 der hierzu im Innenministerium eingerichteten Untersuchungskommission insbesondere im Hinblick auf die schweren Defizite in der Führungskultur und in der internen Kommunikation bestätigt.

Die Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und dem SV Babelsberg 03 aufgrund des Einsatzes der Polizei beim Landespokalfinale SV Babelsberg 03 und FSV Luckenwalde im Mai diesen Jahres haben deutlich gemacht, dass es einer solchen Anlaufstelle auch für Bürgerinnen und Bürger bedarf. Diese kann bei vorgelegter Kritik durch Betroffene dazu beitragen, mit Mitteln der Mediation und partnerschaftlichen Kommunikation eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltung
Fachausschuss	1	8	2
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	1	8	2

  
Ursula Nonnemacher

# Haushaltsgesetzentwurf 2017/2018

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 15. November 2016

Eingegangen

6. NOV. 2016/400

Ed. Vol. Reiter

16. Wölfer

Einzelplan 03 (Ministerium des Innern und für Kommunales):		
Seite: 18	Kapitel: 03 010	Titel: 428 10
Zweckbestimmung: Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		

Stichwort: Einrichtung eines/einer Polizeibeauftragten

Ansatz im Entwurf	2017	Ansatz im Entwurf:	2018
9.063.700 €		8.419.400 €	
Änderung (+/-):		Änderung (+/-):	
+130.000 €		+130.000 €	
Ansatz neu:		Ansatz neu:	
9.193.700 €		8.549.400 €	

2017 Deckung bei: Einzelplan 02				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
15	02 010	427 30	Vertretungsmittelpool „Sonderaufgaben“	130.000 €
insgesamt:				130.000 €

2018 Deckung bei: Einzelplan 02				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
15	02 010	427 30	Vertretungsmittelpool „Sonderaufgaben“	130.000 €
insgesamt:				130.000 €

Haushaltsvermerk (Änderungen bitte unterstreichen):

Erläuterungen (Änderungen bitte unterstreichen):

[...]

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2016	2017	2018
E 13		<u>1,00</u>	<u>1,00</u>
E 10	2,00	2,00	2,00
E 8		<u>1,00</u>	<u>1,00</u>
Zusammen:	2,00	<u>4,00</u>	<u>4,00</u>
[...]			



# Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2017 2018

## Zugänge:

### Neue Stellen:

1,00	0,00	E 13	Referentin, Referent Polizeibeauftragte, Polizeibeauftragter
1,00	0,00	E 8	Sekretariat Polizeibeauftragte, Polizeibeauftragter
2,00	0,00	Zugänge neue Stellen	
2,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt	
2,00	0,00	Stellen Zugänge/Abgänge (-)	

[...]

## Begründung:

Die Polizei hat die Aufgabe, Gefahren abzuwehren und Straftaten zu verfolgen. Sie wird damit in Situationen tätig, die typischerweise Konfliktpotenzial in sich tragen. Bereits jetzt besteht die Möglichkeit, behauptetes polizeiliches Fehlverhalten im Rahmen einer Dienst- oder Fachaufsichtsbeschwerde geltend zu machen. Hierüber wird allerdings innerhalb der Organisationsstruktur der Polizei entschieden.

Der Änderungsantrag sieht die Schaffung eines/einer unabhängigen Polizeibeauftragten vor. Er/Sie soll als Anlaufstelle sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte dienen. Dass die Einrichtung eines/einer Polizeibeauftragten auch als interne Anlaufstelle für Polizeibeamte in Brandenburg dringend notwendig ist, zeigten u.a. Vorwürfe, die im Zusammenhang mit dem sogenannten Maskenmannprozess erhoben wurden. Diese haben sich laut Bericht von Dezember 2015 der hierzu im Innenministerium eingerichteten Untersuchungskommission insbesondere im Hinblick auf die schweren Defizite in der Führungskultur und in der internen Kommunikation bestätigt.

Die Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und dem SV Babelsberg 03 aufgrund des Einsatzes der Polizei beim Landespokalfinale SV Babelsberg 03 und FSV Luckenwalde im Mai diesen Jahres haben deutlich gemacht, dass es einer solchen Anlaufstelle auch für Bürgerinnen und Bürger bedarf. Diese kann bei vorgetragener Kritik durch Betroffene dazu beitragen, mit Mitteln der Mediation und partnerschaftlichen Kommunikation eine einvernehmliche Lösung zu finden. Mit dem Änderungsantrag werden Mittel für eine Referent/innen- und eine Sekretariatsstelle zur Unterstützung des/der Polizeibeauftragten beantragt.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltung
Fachausschuss	1	10	-
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	1	7	3

  
Ursula Nonnemacher



# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

Vom 04.11.2016

Eingegangen

17. NOV. 2016

Einzelplan : 03 Ministerium des Innern und für Kommunales

Seite: 34

Kapitel: 03 020

Titel: 536 10

Erled. *DNB*

Zweckbestimmung: Verfassungsschutz

Stichwort: Mehr Mitteln für den Verfassungsschutz

Ansatz im Entwurf 2017 EUR 1.300.000	Ansatz im Entwurf: 2018 EUR 1.300.000
Änderung (+/-): EUR + 200.000	Änderung (+/-): EUR + 200.000
Ansatz neu: EUR 1.500.000	Ansatz neu: EUR 1.500.000

## 2017 Deckung bei: Einzelplan 20

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
82	20 650	575 10	Zinsen für Kreditmarktmittel	200.000 EUR
insgesamt:		EUR		

## 2018 Deckung bei: Einzelplan 20

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
82	20 650	575 10	Zinsen für Kreditmarktmittel	200.000 EUR
insgesamt:		EUR		

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung: In Anbetracht der Sicherheitslage und der gestiegenen Bedrohung durch Islamisten im Land Brandenburg soll der Verfassungsschutz gestärkt werden.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	1	7	3
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	2	7	2



Eingegangen

13  
17. NOV. 2016/416**Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018**

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Vom 17.11.2016

Erled. Onf -**Einzelplan 03: Ministerium des Innern und für Kommunales**

Seite: 76

Kapitel: 03 110

Titel: 422 10

**Zweckbestimmung:** Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter**Stichwort:** Mehr Personal bei der Polizei

<b>Ansatz im Entwurf:</b> EUR	<b>2017</b>  271.848.100	<b>Ansatz im Entwurf:</b> EUR	<b>2018</b>  267.464.600
<b>Änderung (+/-): EUR</b>	 +5.000.000	<b>Änderung (+/-): EUR</b>	 +10.000.000
<b>Ansatz neu: EUR</b>	 276.848.100	<b>Ansatz neu: EUR</b>	 277.464.600

**2017 Deckung bei: Einzelplan 20**

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
23	20 020	461 20	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	5.000.000 EUR
<b>insgesamt:</b>				<b>5.000.000 EUR</b>

**2018 Deckung bei: Einzelplan 20**

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
23	20 020	461 20	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	10.000.000 EUR
<b>insgesamt:</b>				<b>10.000.000 EUR</b>

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

	2017 EUR	2018 EUR
1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	276.848.100	277.464.600
2. Aufwandsentschädigung	0	0
3. Sonstige Leistungen	0	0
<b>Summe</b>	<b>276.848.100</b>	<b>277.464.600</b>

Mehr in Auswirkung des Besoldungserhöhungsgesetzes sowie aufgrund der Ausbringung neuer Planstellen.

**Stellenplan:**

Amtsbezeichnung	Bes Gr.	Lfb.	2016	2017	2018
[...]					
Polizeioberkommissarin, Polizeioberkommissar / Kriminaloberkommissarin, Kriminaloberkommissar / Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor	A10	qD	919,00	1.000,00	1.034,00
Polizeikommissarin, Polizeikommissar / Kriminalkommissarin, Kriminalkommissar / Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	A9	qD	975,00	1.040,00	1.080,00
Polizeihauptmeisterin, Polizeihauptmeister / Kriminalhauptmeisterin, Kriminalhauptmeister / Regierungsamtsinspektorin, Regierungsamtsinspektor	A9	mD	1.384,00	1.464,00	1.487,00
Polizeiobermeisterin, Polizeiobermeister / Kriminalobermeisterin, Kriminalobermeister / Regierungshauptsekretärin, Regierungs- Hauptsekretär	A8	mD	1.085,00	1.104,00	1.105,00
Polizeimeisterin, Polizeimeister / Kriminalmeisterin, Kriminalmeister / Regierungsobersekretärin, Regierungsobersekretär	A7	mD	423,00	430,00	420,00
[...]					
Zusammen:			6.600,00	6.800,00	6.933,00
[...]					
<b>Begründung der Änderungen im Stellenplan:</b>					
2017	2018				
<b>Zugänge</b>					
<b>Neue Stellen</b>					
[...]					
43,00	4,00	A10 qD	Polizeioberkommissarin, Polizeioberkommissar / Kriminaloberkommissarin, Kriminaloberkommissar / Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor		
31,00	10,00	A9 qD	Polizeikommissarin, Polizeikommissar / Kriminalkommissarin, Kriminalkommissar / Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor		
28,00	23,00	A9 mD	Polizeihauptmeisterin, Polizeihauptmeister / Kriminalhauptmeisterin, Kriminalhauptmeister / Regierungsamtsinspektorin, Regierungsamtsinspektor		
6,00	41,00	A8 mD	Polizeiobermeisterin, Polizeiobermeister / Kriminalobermeisterin, Kriminalobermeister / Regierungshauptsekretärin, Regierungs- Hauptsekretär		
3,00	50,00	A7 mD	Polizeimeisterin, Polizeimeister / Kriminalmeisterin, Kriminalmeister / Regierungsobersekretärin, Regierungsobersekretär		
129,00	133,00	<b>Zugänge neue Stellen</b>			
<b>Begründung:</b>					
Es werden 200 zusätzliche Stellen geschaffen. Die Polizei Brandenburg braucht mittel- und langfristig mehr als 8.400 Dienstposten.					
Die umfangreiche Erhöhung der Dienstpostenzahl bei der Polizei ist aus folgenden Gründen erforderlich:					



**Kriminalitätsbelastung.** Das Land Brandenburg ist eines der Flächenländer mit der höchsten Kriminalitätsbelastung. Brandenburg lag im Jahr 2015 mit 7.660 Straftaten auf 100.000 Einwohner hinter den Flächenländern Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Sachsen auf dem vierten Platz. Die von der Landesregierung bei der Polizeireform zugrunde gelegte Prognose einer sich erheblich abschwächenden Kriminalitätsbelastung trat so nicht ein.

Auffallend sind der massive Anstieg der politisch-motivierten Kriminalität seit dem Jahr 2011 und die erhöhte Gefährdungslage durch den Terrorismus. Die Bestreifung von Flüchtlingsunterkünften hat zu einem erheblichen zusätzlichen Arbeitsaufwand bei der Polizei Brandenburg geführt.

Weiterhin stehen auch die Eigentums- und Vermögensdelikte im Brennpunkt insbesondere die Wohnungseinbruchsdiebstähle und die Vermögensdelikte mit Internetbezug.

Die Bekämpfung der Grenzkriminalität und der grenzüberschreitenden Kriminalität ist zu einer dauerhaften Aufgabe geworden. Die IT- und Cyber-Kriminalität wird zudem zukünftig ansteigen, weil unter anderem immer mehr technische Geräte an das Internet der Dinge angeschlossen werden.

Die Globalisierung und ihre gegenläufigen Strömungen werden veränderte oder neue Kriminalitätsphänomene hervorbringen. Instabile geopolitische Lagen und kriegsähnliche Konflikte in unmittelbarer Nähe der EU-Außengrenzen begünstigen die Entwicklung von Kriminalität. Dies hat auch Auswirkungen auf Deutschland und Brandenburg. Außerdem haben sich in vielen Kriminalitätsbereichen Strukturen der organisierten Kriminalität herausgebildet.

Es ist zudem davon auszugehen, dass viele Straftaten nicht angezeigt werden oder unentdeckt bleiben, insbesondere bei den Kontrolldelikten.

**Personalabbau.** In den vergangenen Jahren wurde viel Personal bei der Polizei Brandenburg abgebaut. Entsprechend der Polizeireform aus dem Jahr 2011 sollte die Stellenanzahl bei der Polizei von einem Personalbestand mit 9.069 Dienstposten in 2010 auf 7.000 Dienstposten in 2020 reduziert werden. Dieser Personalabbau wurde festgelegt, obwohl Brandenburg neben Rheinland-Pfalz eines der beiden Bundesländer ist, das die vierstufige Hierarchie- und Verwaltungsebene in der Landespolizei beibehalten hat (Ministerium des Innern und für Kommunales; Polizeipräsidium; Polizeidirektion; Polizeiinspektion). Alle anderen Bundesländer haben einen drei- oder zweistufigen Aufbau gewählt.

Um die Personalabbauziele zu erreichen, wurde der Ausbildungsumfang bei der Polizei Brandenburg erheblich abgesenkt. Während in den Jahren 2007 bis 2009 noch 168 bis 211 Polizeianwärter ausgebildet wurden, waren es nach dem Regierungswechsel unter SPD und DIE LINKE in den Jahren 2010 bis 2012 lediglich 101 bis 150 Anwärter. Nach einem massiven Stellenabbau hat es bei der Polizei im Jahr 2016 zumindest zeitweilig einen Personalbestand von 8.020 Dienstposten gegeben.

Im Zeitraum von 2017 bis 2020 werden laut der aktuellen Personalbedarfsplanung 2020 etwa 1.408 Abgänge durch Alter, Altersteilzeit und Fluktuationen erwartet. Im gleichen Zeitraum können an der Fachhochschule der Polizei Brandenburg wohl maximal rund



1.300 Polizeianwärter ihre Ausbildungszeit beenden und in den Polizeidienst des Landes übernommen werden.

**Einsatzbelastung.** Seit dem Jahr 2010 sind die Einsatzzahlen der Polizei Brandenburg zwar rückläufig. Gleichzeitig ist durch den Personalabbau die Pro-Kopf-Belastung der Polizistinnen und Polizisten in allen Polizeidirektionen angestiegen. Weiterhin ist in einigen Deliktsbereichen ein wesentlich erhöhter Ermittlungsaufwand zu verzeichnen.

Die erhöhten Arbeitsbelastungen führen zu vermehrten Krankheitsausfällen. Aus Krankheitsgründen fehlen in Brandenburg täglich bis zu 700 Polizistinnen und Polizisten im Dienst. Der durchschnittliche Krankenstand bei der Polizei betrug 35,5 Krankheitstage im Jahr 2015. In den Polizeidirektionen waren es 36 bis 41 Krankheitstage. Vergleichbare Krankenstände waren auch in den Polizeiinspektionen zu verzeichnen. Die höchsten Krankenstände gab es in den Polizeirevieren mit teilweise mehr als 50 Krankheitstagen.

**Polizeidirektionen und -inspektionen.** Seit dem Jahr 2010 wurden in den Bereichen der Polizeidirektion Nord 130 (von 1.132 auf 1.002), Ost 191 (von 1.787 auf 1.596), Süd 129 (von 1.569 auf 1.440) und West 287 Dienstposten (von 1.740 auf 1.453) abgebaut. Seit dem Jahr 2012 wurden in den Polizeiinspektionen 290 Dienstposten insbesondere im Wach- und Wechseldienst (WWD) einschließlich des Streifendienstes und bei den Sacharbeitern der Kriminalkommissariate abgebaut.

**Tabelle 1. Personalabbau Polizeiinspektionen**

Polizeiinspektion	Personal 2012	Personal 2016	Sachbearbeiter Kriminalkommissariat	
			2012	2015
Barnim	265	232	44	34
Brandenburg an der Havel	275	230	57	39
Cottbus/Spree-Neiße	313	308	55	47
Dahme-Spreewald	214	195	33	25
Elbe-Elster	203	178	30	25
Havelland	229	195	37	26
Märkisch-Oderland	274	247	50	36
Oberhavel	265	264	48	37
Oberspreewald-Lausitz	193	176	32	20
Oder-Spree/Frankfurt(Oder)	377	334	62	55
Ostprignitz-Ruppin	173	179	22	20
Potsdam	275	306	89	56
Prignitz	164	148	26	22
Teltow-Fläming	240	204	55	34
Uckermark	259	233	43	34
<b>Gesamtzahl</b>	<b>3719</b>	<b>3.429</b>	<b>683</b>	<b>510</b>

**Polizeireviere.** Die Polizeireviere sind im Vergleich zu den Polizeiwachen heute nicht mehr die unteren administrativen und logistischen Organisationseinheiten mit entsprechenden operativen und taktischen Fähigkeiten. Insbesondere der Wach- und Wechseldienst hat oft erheblich weniger Personal und wurde bisher aus der Ferne durch die Polizeiinspektionen geführt. Die Anzahl der Polizeibediensteten in den Revieren des Jahres 2012 wurde im Vergleich zu den Polizeiwachen des Jahres 2010 durch Personalabbau und Umverteilung in die Polizeiinspektionen um rund 350 Dienstposten reduziert. Bis zum Jahr 2016 sind weitere rund 160 Dienstposten abgebaut worden. Das ist ein Personalverlust von rund 30 Prozent seit dem Jahr 2010.

Bei der Revierpolizei mit ihren rund 540 Revierpolizisten ist kaum Personal reduziert worden. Im Jahr 2011 wurden jedoch mit der Polizeireform die Einwohner-Betreuungsschlüssel je Stelle im Revierdienst (RevD) auf 1:4.000 im ländlichen Raum bzw. 1:7.500 in den kreisfreien Städten festgelegt. Bei den meisten Polizeireviere wird der Betreuungsschlüssel nicht eingehalten. In keinem der Polizeireviere wird durchgängig eine Präsenzzeit von 8:00 bis 20:00 Uhr durch Revierpolizisten sichergestellt. In 15 Revieren wird wochentags regelmäßig eine Präsenzzeit zu den Bürodienstzeiten gewährleistet. Das Polizeirevier Pritzwalk ist nicht mehr rund um die Uhr geöffnet.

Außerdem werden die Revierpolizisten bei ihrer originären Aufgabenwahrnehmung durch zusätzliche Aufgaben eingeschränkt. In fast allen Polizeireviere werden andere Organisationseinheiten durch die Revierpolizei unterstützt, beispielsweise zur Erreichung der Mindestdienststärke im Wach- und Wechseldienst (WWD) oder durch Amts- und Vollzugshilfe für Ordnungsämter und Justiz. Deshalb konnte das Angebot der Bürgersprechstunden und Präsenzzeiten nicht vollumfänglich umgesetzt werden. Überdies wird die festgelegte Führungsspanne bei der Revierpolizei von 1:10 Mitarbeitern in einigen Polizeireviere überschritten.

**Tabelle 2. Personalabbau Polizeiwachen/-reviere**

Polizeiwachen/ -reviere	Personal (WWD, RevD) 2010	Personal (WWD, RevD) 2012	Personal (WWD, RevD) 2016	Betreuungs- schlüssel	Führungs- spanne
Angermünde	32	19	13	1:3.830	4
Bad Belzig	57	55	47	1:3.664	11
Bad Freienwalde	42	29	27	1:3.847	7
Beelitz	36	28	26	1:4.852	7
Calau	42	30	26	1:4.632	6
Eberswalde	78	63	49	1:4.269	14
Eisenhüttenstadt	75	59	55	1:4.162	14
Elsterwerda	50	40	30	1:4.551	7
Erkner	50	25	23	1:4.371	9
Forst	46	32	27	1:5.121	6
Frankfurt (Oder)	90	69	70	1:8.235	6
Gransee	45	39	28	1:3.621	9
Guben	48	36	28	1:4.005	7
Hennigsdorf	81	63	60	1:4.866	10
Herzberg	45	34	29	1:4.255	6
Kyritz	30	25	21	1:4.545	4
Lauchhammer	41	28	27	1:4.284	7
Lübben	61	49	40	1:3.933	11
Ludwigsfelde	42	41	37	1:3.821	10
Neuenhagen	60	47	39	1:4.417	15
Pritzwalk	39	32	24	1:4.181	5
Rathenow	59	48	38	1:4.778	10
Rheinsberg	27	23	18	1:4.194	2
Schwedt	54	48	46	1:4.112	8
Seelow	39	31	32	1:3.749	7
Spremberg	44	29	22	1:4.535	6
Teltow	62	58	51	1:4.581	14
Templin	48	39	37	1:4.733	4
Werder	44	25	23	1:4.321	7
Wittenberge	41	31	23	1:4.587	5
Wittstock	38	26	25	1:3.781	4
Zossen	45	41	38	1:5.080	11
<b>Gesamtzahl</b>	<b>1.591</b>	<b>1.242</b>	<b>1.079</b>	<b>-</b>	<b>-</b>



**Wach- und Wechseldienst.** Der Wach- und Wechseldienst einschließlich des Streifendienstes auf der Straße ist personell stark reduziert worden. Im Jahr 2010 gab es etwa 2.280 Dienstposten im Wach- und Wechseldienst. 2015 waren es nur noch rund 2.060 Dienstposten. In den vergangenen Jahren waren teilweise weniger als 100 Streifenwagen im Land unterwegs. Die bei der Polizeireform festgelegte Anzahl von 124 Funkstreifenwagen wird nicht annähernd erreicht und auch die Interventionszeiten bleiben erheblich hinter der Vorgabe zurück, dass sich diese nicht verschlechtern sollen. Die Anzahl der Führungsfunktionen im Wach- und Wechseldienst wurden zudem erheblich reduziert. Die dadurch hergestellte „Führung auf Distanz“ hat sich nicht bewährt.

**Staatsschutz.** Das Personal des polizeilichen Staatsschutzes wurde im Zuge der Polizeireform trotz des Anstiegs der politisch-motivierten Kriminalität und der Terrorismusgefahr um rund 40 Prozent von 235 auf bis zu 139 Dienstposten reduziert. Gleichzeitig erhielt der Staatsschutz noch zusätzliche Aufgaben beim Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum, bei der Bedienung der Rechtsextremismus-Datei und bei der vierteljährlichen Berichterstattung im Rahmen der AG „Rechtsextremistische Netzwerke“.

**MEGA.** Das Personal der Mobilen Einsatztrupps gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit wurde in der Sollstärke von 89 auf 56 Dienstposten verringert, so dass Gefahrenabwehrmaßnahmen wie beispielsweise bei rechtsextremistischen Versammlungslagen und Konzerten nur eingeschränkt umgesetzt werden konnten.

**Bereitschaftspolizei.** Aufgrund des Verwaltungsabkommens über die Bereitschaftspolizei zwischen Bund und Ländern muss das Land Brandenburg eine organisatorisch selbstständige Bereitschaftspolizei mit 604 Dienstposten unterhalten. Die Soll-Dienstpostenanzahl der Bereitschaftspolizei in Brandenburg lag in den vergangenen Jahren unter der Verpflichtung aus dem Bund-Länder-Abkommen. Die Einsatzhundertschaften mit integrierter Beweis- und Festnahmeinheit waren unterbesetzt. Die durch das Abkommen geforderten 28 Einsatzgruppen waren nicht vollständig strukturiert. Zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität standen die versprochenen drei Einsatzhundertschaften nicht vollumfänglich für den Einsatz zur Verfügung, sondern lediglich zeitweilig bzw. tageweise Teileinheiten in Einsatzgruppen- bzw. Einsatzzugstärke.

**Spezialeinheiten und -kräfte.** Die Einsatzgruppen des Mobilen Einsatzkommandos wurden durch die Polizeireform von fünf auf vier reduziert. Außerdem wurde zu Lasten der Personalausstattung des Mobilen Einsatzkommandos, des Spezialeinsatzkommandos und der Technischen Einsatzgruppe in einer Projektstruktur die Organisationseinheit „Operative Technik“ gebildet. Deshalb und wegen der notwendigen Unterstützung der zentralen Fortbildung standen nur drei taktische Einsatzgruppen des Mobilen Einsatzkommandos zur Verfügung. Das Spezialeinsatzkommando ist grundsätzlich in vier taktische Einsatzgruppen unterteilt. Hier standen ebenfalls nur drei Einsatzgruppen zur Verfügung.

Im Bereich Einsatztechnik konnte nur die klassische Telekommunikationsüberwachung bedarfsgerecht fortentwickelt werden. Zur zukunftsfähigen Fortentwicklung der Kommunikationsüberwachung insbesondere der Überwachung verschlüsselter Kommunikation fehlen sowohl personelle als auch materielle Ressourcen. Die Anforderungen bei der Mobilfunkaufklärung können häufig nicht oder nur mit erheblicher



zeitlicher Verzögerung bedient werden.

**Einsatz- und Lagezentrum.** Das Einsatz- und Lagezentrum ist Grundlage für die Bürgerhilfe nach Notrufen und für die Einsatzbewältigung herausgehobener Einsatzlagen. Die Polizeireform hat dazu geführt, dass die Besetzung von 16 Einsatzbearbeitern nicht mehr gewährleistet werden konnte und eine eingeschränkte Funktionsfähigkeit im Rahmen von ad-hoc-Lagen bestand.

**Kriminalpolizei.** Bei der Kriminalpolizei sind die Organisationseinheiten hinsichtlich der Anpassung an die Kriminalitätsentwicklung nicht ausreichend effektiv und flexibel aufgestellt. Dies gilt insbesondere für die Kriminalkommissariate in den Polizeiinspektionen. Weiterhin können Unterstützungsleistungen für die Kriminalitätsbekämpfung insbesondere durch die Kriminaltechnik und die Operative Fahndung nicht ausreichend in Anspruch genommen werden.

Es fehlt an genügend Ermittlern und Kriminaltechnikern, um die Aufgaben Tatortarbeit, Spurensicherung, Durchführung der Filterfunktion, Spurenvorgangsverwaltung, Erkennungsdienst und Brandortuntersuchung rund um die Uhr zu erfüllen. Insbesondere die unzureichende Filterfunktion in den Direktionen hat zu einer erheblichen Verlängerung der Bearbeitungszeiten geführt.

Die Operative Fahndung wurde durch die Polizeireform in den Kommissariaten der Direktionen zentralisiert. Außerdem wurde das Personal von etwa 125 Dienstposten im Jahr 2010 auf 73 in 2015 reduziert. Den Polizeiinspektionen stehen strukturell keine zivilen Fahndungskräfte zur Personen- und Sachfahndung mehr zur Verfügung. Der Bedarf an operativer Fahndung kann durch die bestehenden Fahndungseinheiten nicht abgedeckt werden. Oft stehen die Fahndungskräfte der operativen Fahndung nicht oder nur eingeschränkt für ihre originären Aufgaben zur Verfügung, weil Observationssuchen nicht durch das Mobile Einsatzkommando erfüllt werden können und die Operative Fahndung zur Unterstützung herbeigezogen wird. Das Internet als fahndungstaktisches Instrument kann aufgrund fehlender personeller Ressourcen nicht entsprechend genutzt werden. Die Realisierung der Fahndungskoordination zum Bestand nationaler Personenfahndungen war im LKA nicht im erforderlichen Maße gewährleistet. Die vorhandenen Fahndungskräfte haben für aktuelle Lagebewältigungen nicht ausgereicht. Der Bedarf an operativer Fahndung wird zukünftig eher anwachsen und das Mobile Einsatzkommando zunehmend für länger andauernde Einsatzlagen verwendet.

Im Kriminaltechnischen Institut des LKA ist die Bearbeitungsdauer teilweise problematisch. Beispielsweise wiesen im Bereich der DNA-Analyse 60 Prozent der Vorgänge und im Bereich der Werkzeug- und Formspuren 24 Prozent der Vorgänge eine Bearbeitungszeit von mehr als 6 Monaten auf. Außerdem standen notwendige Dienstposten zur Spurenverwaltung nicht zur Verfügung. Die Anzahl der Tatorteinsätze ist entgegen der Annahme der Landesregierung um mehr als 20 Prozent angestiegen.

Im Bereich der kriminalpolizeilichen Auswertung und Analyse erfolgen die strategische, operative und spezifische Auswertung nur ungenügend. Gründe dafür sind die mangelhafte Aus- und Weiterbildung, fehlende Organisation, Regelungen und Standards, Defizite bei den Prozessabläufen und Zuständigkeitsregelungen sowie fehlende technische Voraussetzungen insbesondere im Bereich der Auswertungssoftware. Gleichzeitig haben sich der Aufwand und die Anforderung für die Erfassung und Auswertung der Daten in den vergangenen Jahren wesentlich erhöht. Dafür müssen



geeignete IT-Spezialisten zur Verfügung stehen. Es ist festzustellen, dass die strategische Auswertung im Polizeipräsidium nur eingeschränkt realisiert wurde. Operative Auswertung findet nur in spezialisierten Bereichen statt, wie beispielsweise bei der organisierten, grenzüberschreitenden, politisch-motivierten oder Rocker-Kriminalität. Insbesondere zur Erkennung von Serien- und Bandentaten wird die operative Auswertung nicht ausreichend gewährleistet. Die operative Telekommunikationsüberwachung und ihre Auswertung sind unzureichend. Es fehlen Dienstposten für die angestiegene Aufgabenbelastung.

**Verkehrsüberwachung.** Der Anteil der Verkehrsüberwachung im Bereich des Wach- und Wechseldienstes sowie der Revierpolizei war aufgrund der Einsatzbelastungen, der Einhaltung der Mindeststärken sowie der Fokussierung auf die Interventionszeiten in nahezu allen Aktionsfeldern zurückgegangen. Die Überwiegend polizeilich festgestellten Regelverstöße sind Feststellungen der automatisierten Geschwindigkeitsüberwachung, auf die sich die polizeilichen Aktivitäten zum größten Teil beschränkt haben. Bei Verkehrsunfällen mit Personenschäden spielen jedoch auch andere Verkehrsverstöße mit über 80 Prozent eine erhebliche Rolle, die häufig nur durch einen erhöhten Personaleinsatz bei der Verkehrspolizei festgestellt werden können. Die Zielvorgaben des Verkehrssicherheitsprogrammes der Landesregierung können so nicht erreicht werden. Die durch den Landtagsbeschluss formulierten Ziele sind mit polizeilichen Maßnahmen nur durch eine größtmögliche Auslastung der zur Verfügung stehenden Geschwindigkeitsmessgeräte und der dauerhaften Überwachung anderer unfallbedingender Regelverstöße (Abstand, Rotlicht, Alkohol, Drogen usw.) zu erreichen. Außerdem sind die strategischen Ziele des Verkehrssicherheitsprogrammes nicht hinreichend mit operativen Zielen untersetzt worden.

**Bewertung.** Zum einen müssen die bei der Evaluierung der Polizeireform festgestellten erheblichen Mängel insbesondere personelle Unterbesetzungen behoben werden. Zum anderen soll die Arbeit der Polizei qualitativ verbessert und dafür mit ausreichend Personal untersetzt werden.

Wichtige Zielvorgaben der Polizeireform des Jahres 2011 müssen endlich erfüllt werden:

- Streifendienst im bisherigen Umfang gewährleisten,
- Interventionszeiten nicht verschlechtern,
- Sprechstunden in den Revieren vollumfänglich durchführen,
- zeitnahe und effiziente Bewältigung aller Einsatzaufgaben der Schutz- und Kriminalpolizei,
- Kriminalitätsbekämpfung auf dem bisherigen Niveau sichern.

Darüber hinaus sollen in bestimmten Kriminalitätsbereichen wie beispielsweise der organisierten und politisch-motivierten Kriminalität insbesondere auch im Hinblick auf die terroristische Gefährdungslage verstärkt präventivpolizeiliche Handlungskonzepte und tiefgehende Strukturermittlungen umgesetzt werden. Schließlich muss auch die vernetzte Zusammenarbeit mit den anderen Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden verbessert werden.

An der Fachhochschule der Polizei können 350 bis maximal 375 Polizeianwärter

ausgebildet werden. Die Lücke zu den Personalabgängen lässt sich nur dadurch schließen, dass Quereinsteiger mit einer verkürzten Ausbildungszeit (z. B. Feldjäger) eingestellt werden, zusätzliches Personal an einem anderen Standort ausgebildet (z. B. Verwaltungsbeamte) wird und ein erheblicher Anteil der altersbedingt ausscheidenden Polizeibediensteten in Altersteilzeit weiterarbeitet.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	4	7	-
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	4	7	-



Björn Lakenmacher



Sven Petke

Eingegangen

17. NOV. 2016/4/17

Erled.

ong -

**Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018**

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Vom 17.11.2016

**Einzelplan 03: Ministerium des Innern und für Kommunales**

Seite: 99

Kapitel: 03 130

Titel: 422 10

**Zweckbestimmung:** Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter**Stichwort:** Verstärkte Ausbildung bei der Fachhochschule der Polizei - Lehrpersonal

<b>Ansatz im Entwurf:</b>	<b>2017</b>	<b>Ansatz im Entwurf:</b>	<b>2018</b>
EUR		EUR	
	15.588.600		15.588.600
<b>Änderung (+/-): EUR</b>		<b>Änderung (+/-): EUR</b>	
	+1.000.000		+1.000.000
<b>Ansatz neu: EUR</b>		<b>Ansatz neu: EUR</b>	
	16.588.600		16.588.600

**2017 Deckung bei: Einzelplan 20**

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
23	20 020	461 20	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	1.000.000 EUR
<b>insgesamt:</b>				<b>1.000.000 EUR</b>

**2018 Deckung bei: Einzelplan 20**

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
23	20 020	461 20	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	1.000.000 EUR
<b>insgesamt:</b>				<b>1.000.000 EUR</b>

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

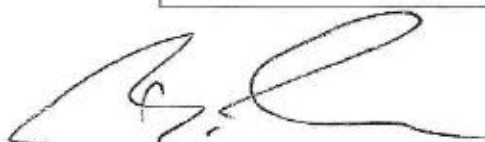
	2017 EUR	2018 EUR
1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	<u>16.588.600</u>	<u>16.588.600</u>
2. Aufwandsentschädigung	0	0
3. Sonstige Leistungen	0	0
<b>Summe</b>	<u>16.588.600</u>	<u>16.588.600</u>

Mehr in Auswirkung des Besoldungserhöhungsgesetzes sowie aufgrund der Ausbringung neuer Planstellen und verstärkter Ausbildung.



Stellenplan:						
Arbeitsbezeichnung	Bes Gr.	Lfd.	[...]	2016	2017	2018
[...]						
Professorin, Professor an einer Fachhochschule	W2	hD		8,00	9,00	9,00
[...]						
Erste Polizeihauptkommissarin, Erster Polizei-Hauptkommissar / Erste Kriminalhauptkommissarin, Erster Kriminalhauptkommissar / Regierungsoberamtsrätin, Regierungsoberamtsrat	A13	qD		36,00	43,00	43,00
Polizeihauptkommissarin, Polizeihauptkommissar / Kriminalhauptkommissarin, Kriminalhauptkommissar / Regierungsamtsrätin / Regierungsamtsrat	A12	qD		41,00	72,00	72,00
Polizeihauptkommissarin, Polizeihauptkommissar / Kriminalhauptkommissarin, Kriminalhauptkommissar / Regierungsamtsfrau, Regierungsamtmann	A11	qD		74,00	104,00	104,00
[...]						
Zusammen:				313,00	388,00	388,00
[...]						
<b>Begründung der Änderungen im Stellenplan:</b>						
2017	2018					
Zugänge						
Neue Stellen						
1,00	0,00	W2 hD	Professorin, Professor an einer Fachhochschule			
7,00	0,00	A13 qD	Erste Polizeihauptkommissarin, Erster Polizei-Hauptkommissar / Erste Kriminalhauptkommissarin, Erster Kriminalhauptkommissar / Regierungsoberamtsrätin, Regierungsoberamtsrat			
7,00	0,00	A12 qD	Polizeihauptkommissarin, Polizeihauptkommissar / Kriminalhauptkommissarin, Kriminalhauptkommissar / Regierungsamtsrätin / Regierungsamtsrat			
7,00	0,00	A11 qD	Polizeihauptkommissarin, Polizeihauptkommissar / Kriminalhauptkommissarin, Kriminalhauptkommissar / Regierungsamtsfrau, Regierungsamtmann			
[...]						
32,00	0,00		Zugänge neue Stellen insgesamt			
[...]						
<b>Begründung:</b>						
Für die zusätzliche Ausbildung von Polizeivollzugsbediensteten bedarf es zusätzlichen Lehrpersonals an der Fachhochschule der Polizei in Höhe von 15 Lehrkräften.						

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltung
Fachausschuss	5	6	—
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	5	6	—



Björn Lakenmacher



Sven Petke

# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

Vom 04.11.2016

Eingegangen

17. NOV. 2016

Einzelplan : 03 Ministerium des Innern und für Kommunales

Erled. *07.11.16*

Seite: 101 Kapitel: 03 130 Titel: 422 20

Zweckbestimmung: Unterhaltszuschüsse der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Stichwort: Mehr Einstellungen der Polizeianwärter/-innen

Ansatz im Entwurf EUR 12.868.900	2017	Ansatz im Entwurf: EUR 13.278.000	2018
Änderung (+/-): EUR + 3.000.000		Änderung (+/-): EUR + 3.000.000	
Ansatz neu: EUR 15.868.900		Ansatz neu: EUR 16.278.000	

## 2017 Deckung bei: Einzelplan 20

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
82	20 650	575 10	Zinsen für Kreditmarktmittel	3.000.000
insgesamt:		EUR		

## 2018 Deckung bei: Einzelplan 20

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
82	20 650	575 10	Zinsen für Kreditmarktmittel	3.000.000
insgesamt:		EUR		

## Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

### Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

[...]

Anzahl der beabsichtigten Einstellungen

B-Gr.	Amtsbezeichnung	2016	2017	2018
A7	Polizeimeisteranwärterinnen/Polizeimeisteranwärter	125	<u>150</u>	<u>150</u>
A9	Polizeikommissaranwärterinnen/ Polizeikommissaranwärter	185	<u>250</u>	<u>250</u>
Summe		310	<u>400</u>	<u>400</u>

### Stellenübersicht:

B-Gr.	Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2016	2017	2018
A7	Polizeimeisteranwärterinnen/ Polizeimeisteranwärter	A7	mD	420,00	<u>395,00</u>	<u>365,00</u>
A9	Polizeikommissaranwärterinnen/ Polizeikommissaranwärter	A9	gD	490,00	<u>655,00</u>	<u>670,00</u>
Zusammen				910,00	1050,00	1035,00

Begründung: Wir brauchen mindestens 400 Polizeianwärter/-innen pro Jahr, um wenigstens die Zielzahl der empfohlenen Stellen aus dem Bericht der Evaluierung der Polizeistrukturereform zu erreichen.

--

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	1	7	3
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	1	6	3

*Franz*



**Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018**  
**Änderungsantrag der CDU-Fraktion**  
 Vom 17.11.2016



<b>Einzelplan 03: Ministerium des Innern und für Kommunales</b>		
<b>Seite:</b> 101	<b>Kapitel:</b> 03 130	<b>Titel:</b> 422 20
<b>Zweckbestimmung:</b> Unterhaltszuschüsse der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikantinnen, Verwaltungspraktikanten und Auszubildende)		

**Stichwort:** Verstärkte Ausbildung bei der Fachhochschule der Polizei – mehr Anwärter

<b>Ansatz im Entwurf:</b> EUR	<b>2017</b>  12.868.900	<b>Ansatz im Entwurf:</b> EUR	<b>2018</b>  13.278.000
<b>Änderung (+/-):</b> EUR	+1.000.000	<b>Änderung (+/-):</b> EUR	+1.000.000
<b>Ansatz neu:</b> EUR	13.868.900	<b>Ansatz neu:</b> EUR	14.278.000

**2017 Deckung bei: Einzelplan 20**

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
23	20 020	461 20	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	1.000.000 EUR
<b>insgesamt:</b>				<b>1.000.000 EUR</b>

**2018 Deckung bei: Einzelplan 20**

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
23	20 020	461 20	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	1.000.000 EUR
<b>insgesamt:</b>				<b>1.000.000 EUR</b>

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

	<b>2017</b> EUR	<b>2018</b> EUR
1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	<u>13.868.900</u>	<u>14.278.000</u>
2. Aufwandsentschädigung	0	0
3. Sonstige Leistungen	0	0
<b>Summe</b>	<u>13.868.900</u>	<u>14.278.000</u>

Mehr in Anpassung an die beabsichtigten Einstellungen.

Anzahl der beabsichtigten Einstellungen

B-Gr.	Amtsbezeichnung	2016	2017	2018
A7	Polizeimeisteranwärterin, Polizeimeisteranwärter	125	155	155
A9	Polizeikommissaranwärterin, Polizeikommissaranwärter	185	250	260
	<b>Summe</b>	<b>310</b>	<b>405</b>	<b>415</b>

**Stellenübersicht:**

Amtsbezeichnung	Bes Gr.	Lfb.	[...]	2016	2017	2018
Polizeikommissaranwärterin, Polizeikommissaranwärter	A9	gD		490,00	655,00	680,00
Polizeimeisteranwärterin, Polizeimeisteranwärter	A7	mD		420,00	400,00	370,00

**Zusammen:** 910,00 1055,00 1050,00

[...]

**Begründung der Änderungen im Stellenplan:**

2017 2018

**Zugänge:**

**Neue Stellen**

165,00	25,00	A9 gD	Polizeikommissaranwärterin, Polizeikommissaranwärter
165,00	25,00		Zugänge neue Stellen
165,00	25,00		Stellen Zugänge insgesamt

**Abgänge:**

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

20,00	30,00	A7 mD	Polizeimeisteranwärterin, Polizeimeisteranwärter
20,00	30,00		Sonstige Abgänge
20,00	30,00		Stellen Abgänge insgesamt
145,00	-5,00		Stellen Zugänge / Abgänge (-)

**Begründung:**

Die Aufstockung der Personalstellen macht es notwendig, den Umfang der Ausbildung von Polizeivollzugsbediensteten und mithin die Unterhaltszuschüsse der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst zu erhöhen. In den beiden Jahren 2017/2018 werden insgesamt 140 neue Ausbildungsstellen geschaffen.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltung
Fachausschuss	1	7	3
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	2	8	1



Björn Lakenmacher



Sven Petke

# Haushaltsgesetzentwurf 2017/2018

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 15. November 2016

Eingegangen

16. NOV. 2016/401

Erled. Gr. Rat Markt

A. Walter

Einzelplan 03 (Ministerium des Innern und für Kommunales):		
Seite: 101	Kapitel: 03 130	Titel: 422 20
Zweckbestimmung: Unterhaltszuschüsse der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikantinnen, Verwaltungspraktikanten und Auszubildende)		

Stichwort: Mehr Polizeianwärter/innen
---------------------------------------

Ansatz im Entwurf	2017	Ansatz im Entwurf:	2018
12.868.900 €		13.278.000 €	
Änderung (+/-):		Änderung (+/-):	
+660.000 €		+528.000 €	
Ansatz neu:		Ansatz neu:	
13.528.900 €		13.806.000 €	

2017 Deckung bei: Einzelplan 20				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
23	20 020	461 20	Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	660.000 €
insgesamt:				660.000 €

2018 Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
23	20 020	461 20	Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	528.000 €
insgesamt:				528.000 €

Haushaltsvermerk (Änderungen bitte unterstreichen):				
Erläuterungen (Änderungen bitte unterstreichen):				
[...]				
Anzahl der beabsichtigten Einstellungen				
B-Gr.	Amtsbezeichnung	2016	2017	2018
A 7	Polizeimeisteranwärterinnen/Polizeimeisteranwärter	125	<u>150</u>	<u>150</u>
A 9	Polizeikommissaranwärterinnen/Polizeikommissar-Anwärter	185	<u>225</u>	<u>225</u>
Summe		310	<u>375</u>	<u>375</u>



**Stellenübersicht:**

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfd.	2016	2017	2018
Polizeikommissaranwärterin, Polizei-Kommissaranwärter	1) A9	gD	490,00	<u>630,00</u>	<u>645,00</u>
Polizeimeisteranwärterin, Polizeimeisteranwärter	A7	mD	420,00	<u>395,00</u>	<u>365,00</u>
<b>Zusammen:</b>				<u>1025,00</u>	<u>1010,00</u>

[...]

**Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:**

2017 2018

**Zugänge:****Neue Stellen**

<u>140,00</u>	<u>15,00</u>	A9 gD	Polizeikommissaranwärterin, Polizeikommissaranwärter
<u>140,00</u>	<u>15,00</u>		Zugänge neue Stellen
<u>140,00</u>	<u>15,00</u>		Stellen Zugänge insgesamt

**Abgänge:****Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)**

<u>25,00</u>	<u>30,00</u>	A7 mD	Polizeimeisteranwärterin, Polizeimeisteranwärter
<u>25,00</u>	<u>30,00</u>		Sonstige Abgänge
<u>25,00</u>	<u>30,00</u>		Stellen Abgänge insgesamt
<u>115,00</u>	<u>15,00</u>		Stellen Zugänge/Abgänge (-)

**Begründung:**

Während im Koalitionsvertrag eine Zielzahl von 7.800 Stellen bei der Polizei vereinbart wurde, steht die aktuelle Personalbedarfsplanung 2020 der Landesregierung 8.200 Stellen bis 2020 vor. Die beabsichtigte Personalaufstockung ist dringend erforderlich. Im Juli 2016 hat der Lenkungsausschuss als Konsequenz aus der Evaluierung der Polizeistrukturreform von 2011 eine Erhöhung der Personalausstattung der Polizei auf 8.216 Stellen empfohlen. Bei der Evaluierung blieben zusätzliche Aufgaben, die sich für die Polizeivollzugsbeamt/innen nun im Zusammenhang mit der gestiegenen Zahl von Asylsuchenden sowie aufgrund der anhaltend erhöhten Bedrohungslage wegen des international agierenden Terrorismus stellen, unberücksichtigt. Aufgrund des enormen Zuwachses an Übergriffen und Anschlägen auf Geflüchtete und deren Unterkünfte und der signifikanten Zunahme asylkritischer Demonstrationen sind die Polizeivollzugsbeamt/innen aktuell besonders stark gefordert.

Damit die Stellen mit qualifiziertem Personal zügig besetzt werden können, muss gleichzeitig die Anzahl der Polizeianwärter/innen erhöht werden. Ein Rückgriff auf Feldjäger/innen und die Möglichkeit der freiwilligen Lebensarbeitszeitverlängerung sind zusätzliche Instrumente zur Personalgewinnung, die jedoch nicht ausreichen. Der Änderungsantrag sieht daher die Schaffung von 375 Anwärter/innenstellen jährlich an der Fachhochschule der Polizei in Oranienburg vor. Dies entspricht laut Aussage des Innenministers in der Ausschusssitzung vom 3. November 2016 auch der Planung des Ministeriums.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltung
Fachausschuss	3	6	2
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	3	6	2



Ursula Nonnemacher

# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

## Änderungsantrag der AfD-Fraktion

Vom 04.11.2016

Eingegangen

43  
17. NOV. 2016/420

Einzelplan : 03 Ministerium des Innern und für Kommunales

Seite: 99 - 113

Kapitel: 03 130

Titel: (Ausgaben)

Erled. 018

Zweckbestimmung: Fachhochschule der Polizei

Stichwort:

Ansatz im Entwurf EUR 40.554.400	2017	Ansatz im Entwurf: EUR 41.194.300	2018
Änderung (+/-): EUR + 3.124.600		Änderung (+/-): EUR + 3.070.300	
Ansatz neu: EUR 43.679.000		Ansatz neu: EUR 44.264.600	

### 2017 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
39	03 020	633 50	Ausgaben nach dem Ges. über die Zuständigkeit in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	150.000 EUR
30-32	02 010	TGr.65	Bündnis für Brandenburg	1.670.000 EUR
32-33	02 010	TGr.66	Förderung von Maßnahmen zur Entwicklung der demokratischen Kultur und zur Prävention von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit	1.304.600 EUR
insgesamt:		EUR 3.124.600		

### 2018 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
39	03 020	633 50	Ausgaben nach dem Ges. über die Zuständigkeit in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	150.000 EUR
30-32	02 010	TGr.65	Bündnis für Brandenburg	1.570.000 EUR
32-33	02 010	TGr.66	Förderung von Maßnahmen zur Entwicklung der demokratischen Kultur und zur Prävention von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit	1.350.300 EUR
insgesamt:		EUR 3.070.300		

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Begründung:** Die Personal- und Raumkapazitäten der Fachhochschule der Polizei in Oranienburg sollen ausgeweitet werden, damit mehr als 375 Polizeianwärter dort ausgebildet werden können (Zitat Min.Schröter im AIK am 3.11.2016). Das 2015 ins Leben gerufene „Bündnis für Brandenburg“ soll der Integration von

Flüchtlingen bzw. Asylbewerbern dienen. Dies ist nicht zielführend, da sobald der Flucht- bzw. Asylgrund entfällt, eine Rückkehr in das Heimatland gesetzlich vorgesehen ist. Die Förderung von Maßnahmen zur Entwicklung der demokratischen Kultur usw. hat sich als nicht zielführend erwiesen, da es trotz bestehender Programme einen Anstieg rechtsextremer Delikte gab. So sind beispielsweise die von Rechtsextremen verübten Gewaltdelikte allein zwischen 2013 und 2015 um mehr als 280 Prozent gestiegen.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	1	7	3
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	1	10	—

*Franz Heef*



# Landtag Brandenburg

6. Wahlperiode

18. November 2016

EINGEGANGEN
18. NOV. 2016 1465
Kl. Ust. AHT, MOLF, MIK,
Erledigt LPH, CDS

## Stellungnahme

des Ausschusses für Inneres und Kommunales

an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 - HG 2015/2016),  
Gesetzentwurf der Landesregierung**

- Drucksache 6/4810 -

Einzelplan 03 - Ministerium des Innern und für Kommunales

Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung

in Verbindung damit:

**Finanzplan des Landes Brandenburg 2016 bis 2020, Unterrichtung durch die  
Landesregierung**

- Drucksache 6/4811

und

**Personalbedarfsplanung 2020 und ressortübergreifende Personalentwicklungs-  
planung für die brandenburgische Landesverwaltung, Unterrichtung durch die  
Landesregierung**

- Drucksache 6/4812

Berichterstatter: Abgeordneter Sören Kosanke (SPD-Fraktion)

### **Beschlussempfehlungen:**

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen möge

1. dem Landtag die Annahme des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (Drucksache 6/4810) - Einzelplan 03 - in der vom Ausschuss für Inneres und Kommunales beschlossenen Fassung empfehlen (Anlage 1);
2. in seiner Beschlussempfehlung an den Landtag zu Einzelplan 20 des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (Drucksache 6/4810) die vom Ausschuss für Inneres und Kommunales beschlossenen Änderungen (Anlage 2) berücksichtigen;
3. dem Landtag empfehlen, den Finanzplan des Landes Brandenburg 2016 bis 2020 in der Unterrichtung durch die Landesregierung (Drucksache 6/4811) zur Kenntnis zu nehmen;
4. dem Landtag empfehlen, die Personalbedarfsplanung 2020 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung in der Unterrichtung durch die Landesregierung (Drucksache 6/4812) zur Kenntnis zu nehmen.

### **Bericht**

#### **A. Allgemeines**

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2017/2018 - (Haushaltsgesetz 2017/2018 - HG 2017/2018) (Drucksache 6/4810), der Finanzplan des Landes Brandenburg für die Jahre 2016 bis 2020 (Drucksache 6/4810) sowie die Aktualisierte Personalbedarfsplanung 2020 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung (Drucksache 6/4812) wurden vom Landtag in dessen 33. Sitzung am 28. September 2016 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und an alle Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen.

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales befasste sich mit den Beratungsgegenständen in seiner 22. Sitzung am 15. September 2016 und seiner 23. Sitzung am 3. November 2016 sowie abschließend in seiner 24. Sitzung am 17. November 2016.

#### **B. Beratung**

In der 22. Sitzung des Ausschusses am 15. September 2016 stellte das Ministerium des Innern und für Kommunales den Entwurf des Einzelplanes 03 vor.

In der 23. Sitzung des Ausschusses am 3. November 2016 stellten die Ausschussmitglieder Nachfragen zum Entwurf des Einzelplans 03.



Zu der abschließenden Beratung in der 24. Sitzung des Ausschusses am 17. November 2016 wurden folgende Änderungsanträge zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (Drucksache 6/4810) eingebracht:

- 1 Änderungsantrag der Gruppe BVB / FREIE WÄHLER
- 3 Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 12 Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE (Koalitionsfraktionen)
- 5 Änderungsanträge der CDU-Fraktion
- 3 Änderungsanträge der AfD-Fraktion.

Die Fraktionen legten zu Beginn der Erörterung die Schwerpunkte ihrer Änderungsanträge dar. Alle Fraktionen hatten Änderungsanträge eingebracht, die auf eine verstärkte Ausbildung von Polizeianwärterinnen und Polizeianwärtern in der Fachhochschule der Polizei gerichtet waren. Es lagen zudem mehrere Anträge vor, mit denen die Stellenzahl im Ministerium des Innern und für Kommunales (Abteilung Verfassungsschutz) und bei der Polizei erhöht werden sollten. Weitere Anträge betrafen die Folgen einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur sogenannten Altanschießerproblematik. Hinsichtlich des weiteren Inhalts der Änderungsanträge sowie deren Begründung wird im Übrigen auf Anlage 3 verwiesen.

Im Anschluss wurden die Änderungsanträge in der Reihenfolge der Haushaltsstellen im Einzelplan aufgerufen, diskutiert und abgestimmt. Im Ergebnis der Beratung wurden die 12 Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen angenommen. Die Anträge der anderen Fraktionen sowie der Antrag der Gruppe wurden mehrheitlich abgelehnt. Bezüglich der detaillierten Abstimmungsergebnisse wird auf Anlage 3 verwiesen.

Abschließend votierte der Ausschuss für Inneres und Kommunales mehrheitlich (6 : 5 : 0) dafür, dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen zu empfehlen, die Annahme des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (Drucksache 6/4810) - Einzelplan 03 - in der vom Ausschuss für Inneres und Kommunales beschlossenen Fassung zu empfehlen.



Sören Kosanke  
Vorsitzender

#### **Anlagen**

- Anlage 1: Gesamtübersicht über die Beschlüsse des Ausschusses für Inneres und Kommunales zum Einzelplan 03 (Veränderungsnachweis zum Einzelplan 03)
- Anlage 2: Gesamtübersicht über die Beschlüsse des Ausschusses für Inneres und Kommunales zum Einzelplan 20 (Veränderungsnachweis zum Einzelplan 20)
- Anlage 3: Änderungsanträge der Fraktionen